

OA-Update Sanktionen - 2022/35 - Entwicklungen vom 13. Mai bis 20. Mai

(Stand: 20.05., 15:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen /Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft –
Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten. [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Wir haben für Sie auch Sammlungen aller bisherigen Sanktionsentwicklungen in der EU, Russland und den USA angelegt. Diese sind hier zu finden:

[OA-Update Sanktionen | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Sollten Sie allgemeine Fragen zur aktuellen Krisenentwicklung an den Ost-Ausschuss haben oder erstmals mit uns in Kontakt treten, wenden Sie sich bitte an:
Alena Akulich, a.akulich@oa-ev.de, Tel: 030-206167-129.

Gesucht: Tankwagen für Kraftstofftransport in die Ukraine

Den Ost-Ausschuss hat eine Anfrage der ukrainischen Unternehmensgruppe Vitrago Holding (Vitagro.com.ua) erreicht. Gesucht wird nach Lösungen für den Transport von Kraftstoffen aus Europa. Eine der Hauptlösungen ist der Kauf von NEUEN oder GEBRAUCHTEN Kraftstofftanks für den Straßentransport.

Vitrago ist bereit, den Kauf von bis zu 5 Einheiten in Betracht zu ziehen.

Die Hauptanforderungen sind wie folgt:

- Vollständige ADR- und andere Zertifizierungen;
- Befüllung von unten mit API-Anschlüssen;
- Volumen ab 28 m³ pro Tank.

Falls Sie hier Kontakte vermitteln können, wenden Sie sich bitte im Ost-Ausschuss an Stefan Kägebein, S.Kaegebein@oa-ev.de

dpa:

Deutschland gibt Ukraine Budgethilfe von rund einer Milliarde Euro

Deutschland wird die Ukraine mit kurzfristigen Budgethilfen von rund einer Milliarde Euro unterstützen. Das kündigte Finanzminister Christian Lindner (FDP) am Donnerstag beim Treffen der G7-Finanzminister auf dem Petersberg bei Bonn an. Dabei gehe es um Zuschüsse, die aus dem Haushalt 2022 gezahlt werden sollen, ohne dass zusätzliche Schulden aufgenommen werden müssen. Es gehe darum, die Handlungsfähigkeit des kriegsgebeutelten ukrainischen Staates sicherzustellen.

Auch andere G7-Staaten wollen laut Lindner einspringen. So wollten etwa die USA 7,5 Milliarden Dollar mobilisieren. Nach Angaben aus dem Finanzministerium hat die Ukraine für drei Monate um Hilfen von je rund 5 Milliarden Euro gebeten. Nach Ablauf dieser Zeit könnte allerdings weitere Unterstützung nötig sein.

Umtausch Griwna / Euro

Für viele Geflüchtete aus der Ukraine ist der Umtausch von mitgebrachtem Bargeld in Euro schwierig oder nicht möglich. Das Thema ist aktuell Gegenstand in den Haushaltsberatungen im Bundestag. Gleichzeitig wird an einer europäischen Lösung gearbeitet, da die Problematik alle Länder betrifft, in Ukrainer Geld wechseln möchten. Als eine der ersten Banken bietet die **Volksbank Niederrhein die Möglichkeit an, Griwna-Bargeld kostenfrei in Euro umzutauschen**. Die Regelung gilt ab dem 18. Mai 2022, teilt der Chef der Volksbank Niederrhein, Guido Lohmann mit. Der Wechselkurs wird jeweils am Freitag für die nachfolgende Woche von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben. Mehr Details zur Meldung finden Sie hier: [Ukrainer können bei der Volksbank Griwna in Euro tauschen - gratis \(rp-online.de\)](https://www.rp-online.de)

Deutsche Welle

Altkanzler Schröder gibt Amt bei Rosneft auf

Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder will sein Amt als Chef des Aufsichtsrats beim russischen Ölkonzern Rosneft verlassen. Schröder habe mitgeteilt, dass es ihm unmöglich sei, sein Mandat in dem Gremium zu verlängern, teilte der russische Konzern mit. Details wurden nicht genannt. Zuvor hatte das EU-Parlament in einer Resolution mit deutlicher Mehrheit EU-Sanktionen gegen Schröder gefordert. Der Haushaltsausschuss des Bundestages beschloss außerdem die Streichung von Privilegien für Schröder. Ein Anwalt des Altkanzlers hatte dazu bekannt gegeben, dass Schröder dies juristisch überprüfen lässt. Der Ausschuss in Berlin hatte für die Abwicklung des Altkanzler-Büros votiert. Die Zustimmung zu einem entsprechenden Antrag der Ampel-Koalition ist der vorläufige Höhepunkt der Ächtung des früheren SPD-Chefs wegen seiner anhaltenden Verbindungen zu Russland. Aus rechtlichen Gründen wurde die Streichung des Büros allerdings nicht mit Schröders Russland- und Putin-Beziehungen begründet. Schröder nehme keine Verpflichtungen aus seiner Zeit als Bundeskanzler mehr war, hieß es zur Begründung.

Studie von KPMG zu den Auswirkungen des Krieges

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat eine umfassende Studie zu den wirtschaftlichen Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges und die Reaktionen der deutschen Wirtschaft. Diese beruht unter anderem auf Umfragen unter 280 deutschen Unternehmen. Das „Sanktionsmanagement“ ist demnach zurzeit die größte Herausforderung für die Unternehmen, deren Tätigkeit einen Russlandbezug aufweist. Im Einzelnen müssen die Firmen sanktionierte Geschäftspartner, Warengruppen und Dienstleistungen identifizieren

und Exportkontrollen einhalten. Jedes zehnte Unternehmen gab an, den russischen Markt vollständig verlassen zu wollen. 37% frieren ihre Aktivitäten ein, 22% setzen sie in geringerem Umfang fort, 7% machen weiter wie bisher. Sie finden die 24-seitige Studie unter diesem Link:

[Wirtschaftliche Auswirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs \(assets.kpmg\)](#)

Pressemitteilung der Bundesregierung
Bundesrat billigt wichtige Energiegesetze – Abschaffung EEG-Umlage und Stärkung der Vorsorge im Fokus

Der Bundesrat hat heute verschiedene wichtige Energiegesetze final gebilligt. Dabei stehen die Abschaffung der EEG-Umlage und die Stärkung der Vorsorge im Energiebereich im Fokus. Konkret geht es um drei Energiegesetze: Die Novelle des aus dem Jahr 1975 stammenden Energiesicherungsgesetzes, das LNG-Beschleunigungsgesetz sowie das Gesetz zur Absenkung der Kostenbelastungen durch die EEG-Umlage und zur Weitergabe dieser Absenkung an die Letztverbraucher. Neben den genannten Energiegesetzen wurde auch das sogenannte Sanktionsdurchsetzungsgesetz vom Bundesrat gebilligt. Letzteres soll eine effektivere Durchsetzung der EU- Russlandsanktionen in Deutschland sicherstellen.

Der Vizekanzler und Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck hierzu: „Der Bundesrat hat heute wichtige Energiegesetze gebilligt und damit den Weg geebnet, um die Vorsorge im Energiebereich in der aktuellen Lage weiter zu stärken. Wir arbeiten hart daran, uns Schritt für Schritt und Sparte für Sparte aus der Klammer russischer Importe zu befreien. Dafür müssen wir gemeinsam alle Hebel in Bewegung setzen und uns für den nächsten und die kommenden Winter wappnen. Das heißt konkret, dass wir Schritt für Schritt weniger Gas aus Russland importieren müssen, um unsere Abhängigkeit zu verringern und dafür Alternativen brauchen. Das heißt für eine Übergangszeit auch, dass wir Flüssigerdgas und die dafür nötige Infrastruktur benötigen, wobei wir hier vor allem auf schwimmende Terminals setzen, da diese schneller einsetzbar und flexibler sind. Und schließlich müssen mit dem Update des Energiesicherungsgesetzes auch unsere Handlungsoptionen erweitern, für den Fall, dass sich die Lage auf den Energiemärkten weiter zuspitzt. Umso wichtiger ist daher auch die gute Nachricht für Verbraucher und Unternehmen, dass die EEG-Umlage bereits zum 1. Juli 2023 auf null abgesenkt wird. Das ist in der aktuellen Hochpreisphase eine wichtige und dringliche Entlastung und zugleich ein wichtiger Anreiz für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien.“

FAZ:
[Erdgas aus Russland: Wie Deutschland unabhängiger wird \(faz.net\)](#)

Jederzeit kann der russische Gasfluss nach Europa stoppen. Schon bald müssen deutsche Energieversorger wieder für russisches Erdgas zahlen und wollen das in Euro überweisen, was sich dann in Rubel umtauschen lässt. Ob Russland dies akzeptiert, gilt als ungewiss –

seitdem Präsident Wladimir Putin die Zahlung in Rubel angewiesen hat. Noch im Mai wird Uniper als größter deutscher Gasimporteure das mit der nächsten Tranche erfahren. Doch heutzutage ist Deutschland weniger auf russische Energielieferungen angewiesen als noch in den Vorjahren – so rasant verlaufen die Reduktionsschritte und schneller als von vielen erwartet.

In den Vorjahren hat sich der Anteil russischer Gasimporte auf 50 Prozent und mehr gesteigert, nun liegt der Anteil für Deutschland bei etwas mehr als 30 Prozent und in der Europäischen Union sogar leicht darunter. Das liegt daran, dass andere Länder mehr liefern können. Vor allem Flüssigerdgas LNG (Liquefied Natural Gas) kommt mit Schiffen in erster Linie aus Amerika und anderen Ländern nach Europa. Die Fahrten der LNG-Tanker ersetzen zusammen mit den Mengen aus Norwegen und den Niederlanden russisches Pipeline-Gas. Ob und wie Haushalte und Unternehmen bislang auch Energie sparen, lässt sich noch nicht sagen. Der gesunkene Verbrauch ist vor allem auf die hohen Temperaturen zurückzuführen.

Der Kölner Ökonom Eren Çam nennt als Hauptgrund andere Lieferquellen. „Die LNG-Lieferungen haben in diesem Jahr sehr stark zugenommen und helfen, das Gasangebot zu stützen“, sagt der Leiter für Energierohstoffe am Energiewirtschaftlichen Institut (EWI) der F.A.Z. Er merkt an, dass die LNG-Lieferungen in die Europäische Union von Januar bis April um 39 Prozent auf 411 Terawattstunden gestiegen sind. Im Durchschnitt vom 1. Januar bis zum 11. Mai erreicht russisches Gas einen Anteil von 28 Prozent und LNG mit 30 Prozent sogar etwas mehr.

„Wir müssen massiv Energie einsparen“

Ein Treiber dazu ist der Anstieg der Energiepreise auf der Welt. Die Erhöhung der Gaspreise hat schon vor dem Ukrainekrieg mit einem Nachfrageschub auf der Welt im vergangenen Jahr begonnen. Durch den höheren Handelspreis wird der Bezug von LNG aus allen Teilen der Welt attraktiver, wofür durch Aufbereitung und Transport in der Regel höhere Kosten als für Pipelinegas entstehen. Dadurch könnte Amerika bis zum Jahresende zum größten Flüssiggas-Exporteur aufsteigen.

Andreas Löschel, Bochumer Professor für Umweltökonomie, fühlt sich bestätigt, dass eine Reduktion von russischem Gas möglich ist: „Wir stehen mit der Energieversorgung gerade gut da.“ Löschel gehört zu den Volkswirten, die mit ihrer makroökonomischen Untersuchung ein Energieembargo gegen Russland früh für „handhabbar“ hielten. „Unsere Blaupause mit der Studie realisiert sich gerade Schritt für Schritt: Deutschland kann auf russische Energielieferungen verzichten“, sagt er der F.A.Z. jetzt. Die Alternativen zu russischen Gaslieferungen funktionierten besser als gedacht, die Speicherbefüllung laufe konstant an, und es gebe gute Witterungsbedingungen für die Erneuerbaren Energien.

Doch der Wandel ist noch nicht vorbei. „Der nächste wichtige Baustein ist die Nachfrageseite: Wir müssen massiv Energie einsparen“, sagt Löschel. Und wie soll das besser werden? Auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ruft zum Energiesparen auf. Ökonom Löschel setzt dafür auf Anreize durch steigenden Kosten: „Der hohe Preis ist das wichtigste Signal, um Energie zu sparen.“

Neue Ausgabe der Russland-Analysen

In der jetzt erschienen Ausgabe geht es in verschiedenen Beiträgen um das Thema Exil, Emigration, Flucht im Hinblick auf den russischen Krieg gegen die Ukraine. Die Ausgabe Nr. 420 ist kostenlos als Download online verfügbar:

[Russland-Analysen Nr. 420 | Länder-Analysen \(laender-analysen.de\)](https://www.laender-analysen.de)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
- Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de

- VB2 (Sanktionen).
Referatsleitung
Frau Dr. Conrad
Herr Blaschke
E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](https://www.bafa.de)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:
[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten und Informationen zu wirtschaftlichen Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/russland-ukraine-konflikt)

2. Terminübersicht

23. Mai: Online-Bürgerdialog „Wie geht’s weiter in der Ukraine? Die deutsche G7-Präsidentschaft im Zeichen des Krieges“, 17:00 Uhr

Unter dem Titel „Fortschritt für eine gerechte Welt“ hat Deutschland zu Jahresbeginn die G7-Präsidentschaft mit den thematischen Prioritäten der Klimakrise und der Erholung der Weltwirtschaft nach der COVID-19-Pandemie übernommen. Doch mit der seit dem 24. Februar andauernden russischen Invasion in der Ukraine haben sich die Prioritäten massiv verschoben. Wie geht es jetzt weiter? Ist ein sofortiger Stopp aller fossilen Importe aus Russland umsetzbar? Wie müssen wir unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik für die Zukunft aufstellen? Welchen Beitrag kann die deutsche G7-Präsidentschaft leisten? Darüber möchten wir mit Ihnen reden!

Wir laden Sie am **Montag, den 23. Mai 2022**, von **17:00 bis 18:30 Uhr** herzlich ein zu unserem ersten Online-Bürgerdialog „**Wie geht’s weiter in der Ukraine? Die deutsche G7-Präsidentschaft im Zeichen des Krieges**“ im Rahmen des neuen Projekts „Europa in der Welt – Wir müssen reden!“. Bringen Sie Ihre Anliegen und Fragen ein und treten Sie in den virtuellen Dialog u.a. mit:

Ralf Fücks, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne
Prof. Dr. Ursula Schröder, u.a. Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Moderation: **Helena Sattler**, freie Moderatorin

[JETZT HIER ANMELDEN](#)

Der Online-Bürgerdialog wird von der überparteilichen [Europa-Union Deutschland e.V.](#) in Kooperation mit dem [Zentrum Liberale Moderne](#) veranstaltet und ist Teil des Bürgerdialogprojekts „[Europa in der Welt – Wir müssen reden!](#)“. Die Veranstaltung wird gefördert durch das Auswärtige Amt und unterstützt vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

24. Mai: Europe's "Values-Based" Foreign Policy and the Need for Civil Society Involvement 2.00 pm – 4.00 pm (CEST), Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, Berlin

A more values-based foreign policy - as is currently being discussed in Brussels, Berlin and beyond - requires a renewed examination of economic and political dependencies, trade policy instruments and agreements. One related question that has not yet received sufficient attention is how civil society can be given a more central role in shaping international (trade) relations in this (re)calibration of values in the future.

In order to find answers to this question, we want to take a comparative look at past experiences in the involvement of civil society actors in European trade and foreign policy, and then discuss what conclusions can be drawn from this for the shaping of the proclaimed "Zeitenwende" (turning point) - and where, in particular as a result of Russia's attack on Ukraine, entirely new approaches must now be considered.

Panelists:

Kathleen van Hove, Senior Policy Officer, European Centre for Development Policy Management (ecdpm) and member of the Joint EU-CARIFORUM Consultative Committee.

Anna Sevortian, Executive Director of the EU-Russia Civil Society Forum, former Russia Director at Human Rights Watch.

Bertram Lang, Political Scientist specialising in China's non-profit sector and Europe-China relations, academic coordinator of the Interdisciplinary Centre for East Asian Studies (IZO) at Goethe University Frankfurt, most recently: Study (for the European Greens) on the Civil Society Blind Spot in European China Policy.

Chaired by: Christina Gels, Policy Adviser to Boris Mijatovic, MP, Speaker for Human Rights and Humanitarian Aid, Bündnis 90/Die Grünen

Registration:

[Europe's "Values-Based" Foreign Policy and the Need for Civil Society Involvement | Drupal \(boell.de\)](https://boell.de/en/europe-values-based-foreign-policy-and-the-need-for-civil-society-involvement)

25. Mai: Online-Update von EulerHermes zu „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“ von 8:30 – 9:30 Uhr

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitions Garantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitions Garantien für Russland in Kraft getreten.

Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitions Garantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

Bei dem Online-Update am 25. Mai 2022 ab 8:30 Uhr informieren Sie:

- Felix Brücher, Head of Department Market, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG

- Oliver Harendt, Head of Department Underwriting 4, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG
- Dr. Ullrich Ehrenberg, Head of Unit Special Claims, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG

Hier der Anmeldelink auf der [Veranstaltungsseite](#) (agaportal)

Weitere Online-Events sind für 8.6., 22.6. und 20.7. geplant.
Hier finden Sie die [Übersicht](#) der Veranstaltungen.

30. Mai 2022: Online - „Wege durch den Sanktionsdschungel“, 10:00 – 11:30 Uhr

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft lädt Sie gemeinsam mit Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH und RSP International ein zur Veranstaltung:
„Wege durch den Sanktionsdschungel“ am 30. Mai von 10:00 bis 11:30 Uhr MESZ.

Das Programm der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Thematisch wird sich die Veranstaltung den seit 24. Februar von allen Seiten erlassenen Sanktionen und dem praktischen Umgang damit widmen. Sollten Sie konkrete Fragen haben, schicken Sie diese bitte auch bis zum 26. Mai an uns.

Bei Fragen zur Veranstaltung und Interesse an einer Teilnahme wenden Sie sich bitte bis spätestens 26. Mai an Ekaterina Radaikina (E.Radaikina@oa-ev.de), Dr. Christiane Schuchart (C.Schuchart@oa-ev.de) oder Jens Böhlmann (J.Boehlmann@oa-ev.de).

13. Juni 2022: Tag der deutschen Wirtschaft in Kirgisistan

Am 13. Juni 2022 organisiert der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Ministerium für Investitionen der Kirgisischen Republik, der Nationalen Investitionsagentur unter dem Präsidenten der Kirgisischen Republik, dem kirgisischen Außenministerium sowie der Delegation der deutschen Wirtschaft für Zentralasien in der kirgisischen Hauptstadt **den Tag der deutschen Wirtschaft.**

Das Wirtschaftsforum richtet sich an deutsche und kirgisische Unternehmen, Investoren und wirtschaftsnahe Akteure, sowie politische Entscheider des Ziellandes. Nach der einführenden Plenarsitzung wird im Rahmen dreier branchenspezifischer Panels der Fokus auf die potenzialträchtigen Zukunftsfelder „Green Economy“, „IT“ und „Agrartechnologie“ gelegt. Bereits in der Region aktive, deutsche Unternehmen werden Ihre Aktivitäten und Erfahrungen in den jeweiligen Bereichen vorstellen und im Dialog mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft des Gastlandes die Möglichkeiten und Chancen skizzieren.

Der Tag der deutschen Wirtschaft findet **am 13. Juni 2022 von 10:00 bis 16:00 Uhr lokaler Zeit im Hotel „Sheraton Bishkek“, ul. Kiyevskaya 148 B, Bischkek, Kirgisistan** statt.

Nähere Informationen zu den Referenten und dem Veranstaltungsablauf entnehmen Sie bitte dem beigefügten Programm. Sie können sich bis spätestens 1. Juni unter diesem [Link](#) zur Veranstaltung anmelden.

20. bis 24. Juni 2022: Delegationsreise „Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien in Aserbaidshan“

Die Delegationsreise wird von der AHK Aserbaidshan zusammen mit der RENAC AG im Rahmen des Projekts Exportinitiative Energie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz organisiert. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt die Reise als Kooperationspartner.

Innerhalb dieser viertägigen Geschäftsreise erhalten deutsche Firmen und aserbaidshanische Schlüsselakteure am 21. Juni 2022 die Möglichkeit, am Deutsch-Aserbaidshanischen Nachhaltigkeitsforum mit dem Schwerpunktthema „Erneuerbare Energien in Aserbaidshan“ teilzunehmen.

Die Geschäftsreise bietet Ihnen die Gelegenheit,

- die aktuelle Marktsituation vor Ort näher kennenzulernen,
- ermöglicht einen fachlichen und lösungsorientierten Austausch zwischen den relevanten Marktteilnehmern
- an B2B-Meetings teilzunehmen sowie
- mit Akteuren staatlicher Stellen in den Dialog zu treten sowie an Rundtischgesprächen und Betriebsbesichtigungen teilzunehmen.

Nutzen Sie die Gelegenheit, um neue Geschäftsmöglichkeiten zu erschließen, Projekte kennenzulernen und Ihr professionelles Geschäftsnetzwerk vor Ort zu erweitern!

Informationen zu den Teilnahmebedingungen, zur Anmeldung sowie zum Programm der Reise und des Forums am 21. Juni finden Sie auf den Seiten der AHK Aserbaidshan: [Geschäftsreise „Energieerzeugung durch erneuerbare Energien in Aserbaidshan“ \(ahk.de\)](#).

Für weitere Fragen steht Ihnen in Baku Frau Frau Turkan Maharramova (E-Mail: turkan.maharramova@ahk-baku.de; Tel: +994 12 497 63 06) zur Verfügung.

5. bis 6. Juli: Delegationsreise nach Usbekistan

Vom 5. bis 6. Juli 2022 organisiert der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft gemeinsam mit dem Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrat **eine Delegationsreise unter der Leitung des Vorstandsmitglieds und Sprecher des Länderkreises Zentralasien im Ost-Ausschuss der**

Deutschen Wirtschaft sowie Co-Vorsitzenden des Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrates Manfred Grundke nach Taschkent, zu der wir Sie herzlich einladen möchten. In der usbekischen Hauptstadt sind hochrangigste politische Gespräche vorgesehen.

Für die Reise ist folgender Ablauf vorgesehen:

04.07.2022

- Individuelle Anreise nach Taschkent

05.07.2022

- Sitzung des Deutsch-Usbekischen Wirtschaftsrates, unter anderem mit PM Abdulla Aripov
- Politische Termine

06.07.2022

- Deutsch-Usbekisches Business-Forum
- Produktionsbesuch
- Politische Termine

Anschließend: Individuelle Abreise

Im Falle eines Teilnahmeinteresses bitten wir Sie um die Übersendung konkreter Projekte und Benennung gewünschter Ansprechpartner auf der usbekischen Seite. Für Fragen zur Reise wenden Sie sich im Ost-Ausschuss bitte an Eduard Kinsbruner, E.Kinsbruner@oe-ev.de

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 13. Mai)

Sechstes Sanktionspaket nicht vor Ende Mai?

[Euronews](#)

Ein ehrgeiziger Vorschlag, alle russischen Öleinfuhren vom Markt der Europäischen Union zu verbannen, steckt nach wie vor in den Verhandlungen fest: Mehrere Mitgliedstaaten argumentieren, dass die rasche Umstellung der Energieversorgung wirtschaftlichen Schaden anrichten würde.

Nach mehr als einer Woche intensiver Diskussionen ist noch immer keine Einigung in Sicht. Die Hoffnungen sind gering, dass am Wochenende oder sogar bei einem Treffen der Außenminister am Montag ein Durchbruch erzielt werden kann. Es wird erwartet, dass sich die Gespräche in die Länge ziehen und bis zum außerordentlichen EU-Gipfel am 30. und 31. Mai andauern werden, so Diplomaten gegenüber Euronews. Dort könnte eine politische Lösung auf höchster Ebene gefunden werden.

Der Hauptstreitpunkt bleibt der von der Europäischen Kommission vorgesehene Zeitplan: Ein schrittweiser Ausstieg aus allen russischen Rohölprodukten innerhalb von sechs Monaten und aus allen raffinierten Ölprodukten bis zum Ende des Jahres. Die Maßnahme gilt sowohl für auf dem Seeweg als auch für in Pipelines transportiertes Öl.

Das hat eine Gruppe von drei Binnenländern - Ungarn, die Slowakei und Tschechien - in eine Zwickmühle gebracht: Das Trio ist physisch an die von Russland betriebene Druschba-Pipeline angeschlossen und bezieht den Großteil seiner Lieferungen über diese Leitung.

Ungarn und die Slowakei drängten zunächst auf eine maßgeschneiderte Verlängerung, um das Embargo bis Dezember 2024 zu beenden, während Tschechien um Juni 2024 bat, das Datum, bis zu dem das Land voraussichtlich an die transalpine Pipeline angeschlossen sein wird.

Bulgarien, das über einen Zugang zum Meer verfügt, hat sich der skeptischen Gruppe angeschlossen und um eine ähnliche Ausnahmeregelung gebeten. Die Regierung argumentiert, dass die Erdölraffinerie in Burgas, die sich im Besitz des russischen Energiemultis LUKOIL befindet, ohne russisches Öl nicht in der Lage wäre, vollständig zu arbeiten.

Für die EU steht viel auf dem Spiel: Das Embargo gilt als eines der letzten Mittel, um dem Kreml den Geldhahn für den Krieg in der Ukraine abzdrehen. Die vorherigen Sanktionspakete haben nicht den nötigen wirtschaftlichen Druck verursacht, um Wladimir Putin zum Einlenken zu bewegen.

Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, flog kürzlich nach Budapest und traf sich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, um Differenzen auszuräumen und eine Einigung zu erzielen. Von der Leyen verließ das Treffen jedoch mit leeren Händen und erklärte, dass "weitere Arbeit erforderlich ist".

Seitdem hat Ungarn seinen Widerstand noch verstärkt. In einem Interview mit der spanischen Zeitung El País erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó, die Energiewende werde mehr als fünf Jahre dauern und zwischen 500 und 550 Millionen Euro kosten, zusätzlich zu den 200 Millionen Euro, die für die Erweiterung der Kapazität der Adria-Pipeline benötigt würden.

"Wir haben der Präsidentin der Europäischen Kommission gesagt, dass ihr Vorschlag für uns ein Problem darstellt. Wir können nicht dafür stimmen, wenn keine Lösung angeboten wird", sagte Szijjártó. "Bisher wurde kein solcher Plan vorgelegt. Das Vernünftigste wäre, wenn das Verbot russischer Ölimporte auch für Lieferungen auf dem Seeweg gelten würde. Lieferungen über Pipelines sollten jedoch ausgenommen werden."

Selbst wenn die meisten russischen Ölfässer über Häfen in die EU gelangen, würde die Embargo-Ausnahme der Pipeline-Lieferungen ein Schlupfloch im angedachten Sanktionspaket öffnen und Moskau einen ungehinderten Weg bieten, weiterhin Gewinne aus dem europäischen Markt zu ziehen.

Ein Beamter aus einem Hardliner-Land sagte Euronews, Ausnahmen seien keine "gute Idee", stellten eine "Bedrohung für die Wettbewerbsregeln" dar und sollten von zusätzlichen Steuern und einem Verbot des Verkaufs von russischem Öl an andere Länder begleitet werden.

Die Kommission hat erklärt, sie sei offen für Verhandlungen über längere Fristen und "pragmatische Lösungen" für Länder in "sehr spezifischen" Situationen, hat es aber bisher abgelehnt, Pipeline-Lieferungen von dem vorgeschlagenen Embargo auszunehmen.

EU-Sanktionen bedürfen der einstimmigen Zustimmung aller 27 Mitgliedsstaaten. Das bedeutet, dass die Vierergruppe die endgültige Entscheidung so lange hinauszögern könnte, wie sie es für nötig hält, um ihre Ausnahmeregelungen zu sichern.

Die Verhandlungen finden auf politischer und technischer Ebene statt, wobei nationale Vertreter, die französische EU-Ratspräsidentschaft und die Kommission an den Gesprächen beteiligt sind.

Die von Präsidentin von der Leyen am Montag angekündigte Videokonferenz mit den "regionalen Partnern" steht noch aus. Das Gespräch sollte am Dienstag stattfinden, wurde aber auf unbestimmte Zeit verschoben.

"Wir werden diesen [Videoanruf] einberufen, wenn wir das Gefühl haben, dass die Lösungen, die wir finden, reif genug sind, um von den Staats- und Regierungschefs diskutiert zu werden", sagte ein Sprecher der Kommission am Donnerstag.

Diplomaten befürchten, dass Viktor Orbán die Gespräche in die Länge ziehen will, bis die EU-Staats- und Regierungschefs am 30. Mai zu einem außerordentlichen Gipfel zusammenkommen, auf dem eine politische und keine technische Lösung gefunden werden könnte, so diplomatische Quellen gegenüber Euronews.

Auf der Tagesordnung des Gipfels stehen "Verteidigung, Energie und die Ukraine", so der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel, der den Gipfel Anfang April einberufen hatte, lange bevor das Ölembargo bekannt wurde.

Orbán hatte zuvor gesagt, die Sanktionierung russischer fossiler Brennstoffe sei eine "rote Linie" für sein Land, obwohl er für ein EU-Verbot russischer Kohle gestimmt hatte. Kürzlich verglich der Ministerpräsident das vorgeschlagene Ölembargo mit "einer Atombombe, die auf die ungarische Wirtschaft abgeworfen wird".

Die Aufteilung des sechsten Sanktionspakets in zwei Teile, um die anderen Maßnahmen - wie den Ausschluss der Sberbank, der größten russischen Bank, aus dem SWIFT-System - zu genehmigen, während man auf die Genehmigung des Ölembargos warte, sei im Moment keine Option, sagte ein EU-Beamter, der anonym bleiben wollte.

Die Frage des Geldes wird bei den laufenden Gesprächen eine wichtige Rolle spielen.

Die Kommission wird am Mittwoch ihre mit Spannung erwartete REPower EU-Initiative vorstellen, einen Plan zur schrittweisen Entwöhnung der EU von russischen fossilen Brennstoffen.

Es wird erwartet, dass die Ankündigung auch finanzielle Beiträge zur Unterstützung der kostspieligen Energiewende in den Mitgliedstaaten umfasst, insbesondere in denjenigen, die derzeit am stärksten von russischen Importen abhängig sind.

Das Verbot von russischem Öl gilt als der radikalste und folgenreichste Schritt, den die EU als Reaktion auf den Ukraine-Krieg unternimmt.

Seit dem Ausbruch des Konflikts am 24. Februar haben die 27 Mitgliedstaaten rund 24 Milliarden Euro für russisches Öl ausgegeben, wie ein vom Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA), einer unabhängigen Forschungseinrichtung, eingerichtetes Tracking-Tool zeigt.

EU und USA stärken transatlantische Partnerschaft

Die EU und die USA wollen bei der Bewältigung globaler Herausforderungen in den Bereichen Handel und Technologie stärker zusammenarbeiten. Auf dem zweiten Treffen des Handels- und Technologierats (TTC) in Paris bekräftigten beide Parteien die zentrale Rolle dieser Initiative für die erneuerte transatlantische Partnerschaft. „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die zentrale Bedeutung unserer Zusammenarbeit mit den USA in wirtschaftlichen und technologischen Fragen erneut unterstrichen. Diese Zusammenarbeit geht über unsere Reaktion auf den Krieg hinaus. Gemeinsam mit unseren transatlantischen Partnern können wir eine positive Vision für unsere Volkswirtschaften und für eine demokratische Verwaltung des Internets auf der Grundlage der Würde und Integrität des Einzelnen entwickeln“, sagte Exekutiv-Vizepräsidenten Margrethe Vestager. „Wenn wir

gemeinsam handeln, können wir die Maßstäbe für die Wirtschaft von morgen setzen. Wir bündeln unsere Kräfte, und wenn zwei so entschlossene Partner die Führung übernehmen, können wir das Blatt wenden.

Exekutiv-Vizepräsidenten der EU-Kommission, Margrethe Vestager und Valdis Dombrovskis, sowie US-Außenminister Antony Blinken, die US-Handelsministerin Gina Raimondo und die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai, die den gemeinsamen Vorsitz des TTC haben, kündigten unter anderem neue Initiativen zu Lieferketten, Lebensmittelsicherheit, Ausfuhrkontrollen, neuen Technologien, digitaler Infrastruktur und zum Handel an. „Diese Initiativen werden unsere gemeinsamen Werte bekräftigen, unsere globale Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Familien auf beiden Seiten des Atlantiks zugutekommen“, unterstrichen US-Präsident Joe Biden und EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen in einem gemeinsamen Statement zum TTC.

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident und EU-Kommissar für Handel und Ko-Vorsitzender des TTC, sagte: „Ich freue mich, dass wir auf dieser zweiten TTC-Sitzung vereinbart haben, unsere Zusammenarbeit mit den USA auszubauen, um neue und aufkommende Herausforderungen im globalen Handel als vertrauensvolle Partner anzugehen. Wir werden eng zusammenarbeiten, um unsere Lieferketten zu sichern und die weltweite Ernährungssicherheit zu verbessern. Wir werden auf unserer beispiellosen transatlantischen Koordinierung bei den Ausfuhrkontrollen gegen Russland aufbauen, um unsere Ansätze in diesem kritischen Bereich weiter anzugleichen und gleichzeitig den Handel mit der Ukraine zu fördern. Wir werden auch bei der Förderung eines umweltfreundlichen Handels zusammenarbeiten, zum Beispiel durch ein umweltfreundliches öffentliches Beschaffungswesen“.

Thierry Breton, Kommissar für den Binnenmarkt, fügte hinzu: "Die transatlantische Zusammenarbeit bei Lieferketten und digitalen Technologien ist für die Verteidigung unserer gemeinsamen Interessen und Werte von entscheidender Bedeutung. Nachdem wir mit den Vereinigten Staaten erfolgreich an Engpässen in der Lieferkette für Impfstoffbestandteile gearbeitet haben, freue ich mich über das gemeinsame Bestreben, die Widerstandsfähigkeit der Lieferketten in anderen Bereichen, von Rohstoffen bis hin zu Halbleitern, zu stärken. Der Pariser Gipfel ist ein wichtiger Moment für den Rat für Handel und Technologie, um den transatlantischen Dialog in konkrete Ergebnisse umzusetzen."

Die wichtigsten Ergebnisse des 2. Ministertreffens des TTC:
Unterstützung für die Ukraine

Die Kovorsitzenden des Transatlantischen Handels- und Technologierates bekundeten ihr gemeinsames Engagement für die Unterstützung der Ukraine gegen die russische Militärangriff und einigten sich auf konkrete Maßnahmen, die bereits durchgeführt wurden und im Rahmen des Transatlantischen Handels- und Technologierates weitergeführt werden sollen. Sie verpflichteten sich außerdem, gemeinsam mit der Ukraine am Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zu arbeiten und Handel und Investitionen zu erleichtern.

Integrität der Informationen

Sie kamen überein, ihre Zusammenarbeit zu verstärken, um die Informationsintegrität in Krisensituationen zu unterstützen, wobei sie sich zunächst auf einen gemeinsamen analytischen Rahmen zur Ermittlung der russischen Informationsmanipulation und -einemischung konzentrierten, der zur Schaffung eines Kooperationsrahmens für alle Krisensituationen führen soll.

Dialog über Handel und Arbeit

Die Vorsitzenden kamen überein, einen dreigliedrigen Dialog über Handel und Arbeit einzurichten, um gemeinsam die international anerkannten Arbeitsrechte zu fördern, einschließlich der Abschaffung von Zwangsarbeit und Kinderarbeit.

Exportkontrollen

Die Zusammenarbeit im Rahmen des Handels- und Arbeitsdialogs war für die rasche und abgestimmte Einführung von Ausfuhrkontrollen für fortschrittliche Technologien wie Luft- und Raumfahrt und Cyber-Überwachung von entscheidender Bedeutung, um Russlands Fähigkeit zur Weiterentwicklung seiner industriellen und militärischen Fähigkeiten zu untergraben. Beide Parteien haben sich verpflichtet, diese enge Zusammenarbeit weiter auszubauen und zu verbessern.

Sichere Lieferketten

Angesichts der globalen Lieferketten, die durch die russische Aggression gegen die Ukraine weiter in Frage gestellt werden, waren sich beide Parteien einig, dass eine enge Zusammenarbeit zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von Lieferketten wichtiger denn je ist. So haben sich die EU und die USA beispielsweise darauf geeinigt, einen gemeinsamen Frühwarn- und Überwachungsmechanismus für Halbleiter-Wertschöpfungsketten zu entwickeln, um das Bewusstsein für und die Bereitschaft für Lieferunterbrechungen zu erhöhen und einen Informationsaustausch zu ermöglichen, um einen Subventionswettbewerb zu vermeiden.

Eine spezielle Taskforce für die öffentliche Finanzierung sicherer und stabiler digitaler Infrastrukturen in Drittländern soll außerdem den Weg für eine gemeinsame öffentliche Finanzierung digitaler Projekte in Drittländern durch die USA und die EU ebnen, die auf einer Reihe gemeinsamer übergreifender Grundsätze beruht.

Technologische Normen

Im Bereich der neuen Technologien haben die EU und die USA vereinbart, einen Mechanismus für strategische Normungsinformationen (SSI) einzurichten, um gemeinsame Interessen bei internationalen Normungsaktivitäten zu fördern und zu verteidigen. Beide Seiten werden darauf hinarbeiten, die Entwicklung abgestimmter und interoperabler technischer Normen in Bereichen von gemeinsamem strategischem Interesse wie künstliche Intelligenz, additive Fertigung, Recycling von Werkstoffen oder Internet der Dinge zu fördern

Künstliche Intelligenz

Beide Seiten erörterten ferner die Umsetzung gemeinsamer KI-Grundsätze und vereinbarten die Entwicklung eines gemeinsamen Fahrplans für Bewertungs- und Messinstrumente für vertrauenswürdige KI und Risikomanagement.

Plattform-Governance

Die EU und die USA bekräftigten auch ihre Unterstützung für ein offenes, globales, interoperables, zuverlässiges und sicheres Internet im Einklang mit der Erklärung zur Zukunft des Internets und der Erklärung zu den europäischen digitalen Rechten und Grundsätzen. Darüber hinaus kamen die EU und die USA überein, die Zusammenarbeit bei wichtigen Aspekten der Plattformverwaltung zu verstärken.

Zugang von KMU zur Technologie

Die EU und die USA haben heute einen gemeinsamen Leitfaden für bewährte Praktiken veröffentlicht, der Ressourcen für die Verbesserung der Cybersicherheit von KMU enthält.

Umwelt- und Klimaaspekte von Handel und Technologie

Die Förderung der Nachhaltigkeit ist ein übergeordnetes Ziel des TTC. In diesem Sinne kamen die Minister überein, sich mit Handels- und Umwelt-/Klimafragen zu befassen, u. a. mit der Förderung eines besseren Verständnisses der Rolle, die der Handel bei der Erleichterung der Verbreitung von Umweltgütern und -dienstleistungen spielen kann, mit einer engeren Zusammenarbeit im Bereich des umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffungswesens und mit der Arbeit an gemeinsamen Methoden für die Erstellung von Kohlenstoffbilanzen.

Handelshemmnisse

Die Minister kamen überein, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, die dazu beitragen, den transatlantischen Handel und die Investitionen zu steigern, u. a. durch eine verstärkte Zusammenarbeit im öffentlichen Beschaffungswesen und bei der Konformitätsbewertung sowie durch einen Austausch über potenzielle neue Handelshemmnisse sowohl auf bilateraler Ebene als auch in Bezug auf Drittländer. Außerdem vereinbarten sie, ihre Bemühungen zur Bekämpfung nichtmarktwirtschaftlicher Maßnahmen zu koordinieren, wobei sie sich bemühen, gegenseitige Kollateralschäden zu vermeiden.

Hintergrund

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben auf ihrem Gipfeltreffen in Brüssel am 15. Juni 2021 den EU-US-Handels- und Technologierat (TTC) angekündigt. Der TTC dient als Forum für die EU und die USA zur Koordinierung von Ansätzen zur Behandlung wichtiger Handels- und Technologiefragen und zur Vertiefung der transatlantischen Zusammenarbeit in diesem Bereich auf der Grundlage gemeinsamer demokratischer Werte. Die Eröffnungssitzung des TTC fand am 29. September 2021 statt. Im Anschluss an die Sitzung wurden zehn Arbeitsgruppen zu Themen wie Normen, künstliche Intelligenz, Halbleiter,

Ausfuhrkontrollen und globale Handelsherausforderungen eingerichtet. Das nächste Treffen des TTC ist vor Ende 2022 in den Vereinigten Staaten geplant.

Weitere Informationen:

[EU-US Trade and Technology Council \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Weitere Meldungen mit EU-Bezug:

Embargo oder Zölle auf russisches Öl?

Tagesschau

Einen Importstopp von russischem Öl will die EU schnellstmöglich beschließen. Doch es gibt Widerstand aus mehreren Mitgliedsstaaten. Eine Alternative zum Embargo wären Importzölle. Welche Maßnahme wirkt wie?

Das geplante EU-Embargo von russischem Öl zielt darauf ab, eine wichtige Finanzierungsquelle des Kreml für die Ausgaben im Krieg gegen die Ukraine zum Versiegen zu bringen. Die Maßnahme hätte allerdings auch harte Folgen für die EU-Staaten und deren Volkswirtschaften. Darum wird als Alternative über eine Einführung von Zöllen auf russisches Öl diskutiert.

Warum werden Importzölle jetzt diskutiert?

Die Bundesregierung prüft nach eigenen Angaben Importzölle auf russisches Öl als Sanktionsmöglichkeit gegen Russland seit längerem. "Die Prüfungen der Bundesregierung im Hinblick auf Energiesanktionsinstrumente unterhalb der Embargoschwelle dauern an", hieß es in einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage aus der Unionsfraktion bereits Anfang Mai. Zu Sanktionsinstrumenten unterhalb der Embargoschwelle gehörten danach Importzölle oder Importpreisobergrenzen für russische Energieimporte. Innerhalb der EU gibt es Widerstand gegen ein Öl-Embargo vor allem von ungarischer Seite. Aber auch die Slowakei, Tschechien und Bulgarien haben Bedenken gegen den Stopp der Einfuhren von russischem Öl. Die Länder sind stark abhängig davon und fürchten ein Kollaps ihrer Wirtschaft. Da kein Ende des Krieges in der Ukraine in Sicht ist, nehmen allerdings innerhalb der EU die Forderungen zu, Russland mit zusätzlichen Maßnahmen unter Druck zu setzen und die Finanzierung des Krieges zu erschweren.

Worin unterscheiden sich ein Embargo und Importzölle grundsätzlich?

Bei einem Öl-Embargo würde ein kompletter Lieferstopp für russisches Öl in die Staaten der EU verhängt. Russland könnte dann kein Öl mehr in die EU verkaufen. Zu Jahresbeginn hat Russland noch die Hälfte seiner Exporte in die EU verkauft, inzwischen ist der Anteil aber geringer. Im Gegensatz dazu würde bei der Erhebung von Zöllen auf Öl-Importe in die EU der

Rohstoff weiter fließen. Russland müsste dafür allerdings Zahlungen in Form von Zöllen an die Abnehmerländer entrichten.

Welche direkten Folgen hätten ein Öl-Embargo für Russland?

Sollte die EU ein Öl-Embargo beschließen, würden aus russischer Sicht die Einnahmen aus dem Öl-Verkauf in EU komplett wegfallen. Da Russland laut Experten diese Ölmengen nicht kurzfristig in Richtung anderer Abnehmer "umleiten" kann, würden dem Staat zunächst wichtige Erlöse in Dollar und Euro fehlen. Damit würde die Finanzierung des Krieges für Russland schwieriger. Ein Effekt, den die EU mit dem Embargo auch anstrebt. Russland dürfte aber darauf hoffen, dass durch die Verknappung am Ölmarkt der Weltmarktpreis für den Rohstoff insgesamt steigt, sodass die Einnahme-Ausfälle zumindest zum Teil aufgefangen werden können - auch wenn das Land dann zunächst deutlich weniger Öl als bisher auf dem Weltmarkt absetzen könnte.

Welche Folgen hätten ein Öl-Embargo für die EU und Deutschland?

Deutschland hat den Anteil des russischen Öls an den gesamten Öl-Importen bereits von rund 35 auf etwa zwölf Prozent gesenkt. Ein Embargo würde also nicht dazu führen, dass die deutsche Wirtschaft auf Öl oder Diesel oder deutsche Verbraucher auf Heizöl oder Benzin verzichten müssten. Andere Volkswirtschaften wie die von Ungarn oder auch Tschechien oder der Slowakei sind anfälliger für die Folgen eines Embargos und fürchten, dass ihre Industrie "kollabieren" könnte. Ökonomen gehen davon aus, dass bei einem Embargo die Preise für Öl oder Öl-Produkte wie Diesel, Heizöl oder Benzin auf dem Weltmarkt steigen und damit Unternehmen und Verbraucher mit höheren Kosten rechnen müssten.

Welche Folgen hätten Importzölle für Russland und die EU?

Sollte Russland auf seine Öl-Exporte in die EU hohe Zölle zahlen müssen - französische Regierungsberater haben zum Beispiel 40 Prozent Zoll ins Spiel gebracht - dürfte auch dies zu steigenden Preisen führen. Denn Russland würde versuchen, die Zollzahlungen über Preisanhebungen zu kompensieren. Aus Sicht von Ökonomen wie Holger Görg vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel verringern Zölle tendenziell aber die Nachfrage nach russischem Öl. Damit könnte Russland den Preis nicht mehr beliebig anheben. Zölle träfen stärker den Exporteur als ein Embargo, so die Argumentation. Im Fall von Zöllen würde Russland freilich weiter Einnahmen durch den Ölverkauf an die EU erzielen. Die EU-Staaten müssten andererseits keine gravierenden Folgen für Wirtschaft und Verbraucher durch einen abrupten Lieferstopp fürchten.

Welche Maßnahme trifft die russische Kriegswirtschaft am härtesten?

Unmittelbare Einnahmeausfälle - wie sie durch ein Öl-Embargo kurzfristig zu erwarten sind - würden die Deviseneinnahmen Russlands zunächst spürbar sinken lassen. Unklar ist, inwieweit steigende Weltmarktpreise für Öl die daraus folgenden höheren Einnahmen bei anderen Öl-Kunden Russlands diese Einnahmeverluste abmildern könnten. Im Fall von Importzöllen würden die EU-Staaten Einnahmen erzielen, die wiederum der Ukraine

zugutekommen könnten. Im Gespräch sind hier Treuhandkonten, aus denen etwa der Wiederaufbau der Infrastruktur in der Ukraine finanziert werden kann.

Wirtschaftsprognose:

EU-Kommission rechnet mit höherer Inflation und senkt Wachstumsaussichten

Die EU-Kommission hat am Montag die Wachstumsaussichten für die EU nach unten und die Inflationsprognose nach oben korrigiert. „Russlands Invasion der Ukraine verursacht vor allem unermessliches Leid und Zerstörung, erschwert aber auch die wirtschaftliche Erholung Europas“, so EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni. Für die EU wird nun ein reales BIP-Wachstum von 2,7 Prozent im Jahr 2022 und 2,3 Prozent im Jahr 2023 erwartet; in der Zwischenprognose vom Winter 2022 war noch von 4,0 Prozent und 2,8 Prozent ausgegangen worden. Die Inflation, die seit Anfang 2021 angezogen hat, kletterte im Vorjahresvergleich von 4,6 Prozent (letztes Quartal 2021) auf 6,1 Prozent (erstes Quartal 2022). „Der Krieg hat zu einem rasanten Anstieg der Energiepreise und weiteren Unterbrechungen der Lieferketten geführt, sodass wir nun längerfristig mit einer höheren Inflation rechnen müssen“, sagte Gentiloni bei der Vorstellung der Frühjahrsprognose der Kommission.

EU-Kommissar Gentiloni betonte weiter. „Der kräftige wirtschaftliche Aufschwung des vergangenen Jahres wird sich in diesem Jahr weiter positiv auf die Wachstumsraten auswirken. Ein starker Arbeitsmarkt, die Wiederöffnung nach der Pandemie und NextGenerationEU dürften unsere Volkswirtschaften weiter unterstützen und dazu beitragen, den öffentlichen Schuldenstand und die Defizite zu verringern. Diese Prognose ist jedoch mit hoher Unsicherheit und Risiken behaftet, die in großem Maße von der Entwicklung des russischen Krieges abhängen. Es sind durchaus noch andere Szenarien möglich, in denen das Wachstum möglicherweise geringer und die Inflation höher als in unseren heutigen Prognosen ausfallen.“

Vor Kriegsausbruch zeichnete sich in der EU ein anhaltendes und kräftiges Wirtschaftswachstum ab. Die russische Invasion der Ukraine stellt die Union, die sich gerade erst von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie erholt hat, jedoch vor neue Herausforderungen. Durch den anhaltenden Aufwärtsdruck auf die Rohstoffpreise und die damit verbundenen erneuten Lieferunterbrechungen und die zunehmende Unsicherheit verschärft der Krieg Gegenwinde, die sich laut vorherigen Prognosen bereits hätten abschwächen sollen.

Krieg belastet Wachstum zusätzlich

Das BIP der EU dürfte im Prognosezeitraum dank des kombinierten Effekts der Wiederöffnung nach dem Lockdown und der entschlossenen politischen Maßnahmen zur Förderung des Wachstums während der Pandemie positiv bleiben. Insbesondere die Wiederaufnahme kontaktintensiver Dienstleistungen nach der Pandemie, ein starker und sich weiter verbessernder Arbeitsmarkt, eine geringere Anhäufung von Ersparnissen sowie fiskalpolitische Maßnahmen zum Ausgleich steigender Energiepreise dürften den privaten Verbrauch stützen. Ferner dürfte die vollständige Inanspruchnahme der Aufbau- und

Resilienzfähigkeit Diesen Link in einer anderen Sprache aufrufen EN••• und die Umsetzung der begleitenden Reformagenda Investitionen begünstigen.

Sowohl für die EU als auch für das Euro-Währungsgebiet wird nun ein reales BIP-Wachstum von 2,7 Prozent im Jahr 2022 und 2,3 Prozent im Jahr 2023 erwartet; in der Zwischenprognose vom Winter 2022 war noch von 4,0 Prozent und 2,8 Prozent (2,7 Prozent für das Euro-Währungsgebiet) ausgegangen worden. Die Herabstufung für 2022 ist vor dem Hintergrund der Wachstumsdynamik der Wirtschaft im Frühjahr und Sommer letzten Jahres zu sehen, die sich bei der jährlichen Wachstumsrate in diesem Jahr in einem Plus von zwei Prozentpunkten niederschlägt. Das Produktionswachstum hat sich im Laufe des Jahres von 2,1 Prozent auf nunmehr 0,8 Prozent verringert.

Am stärksten werden die Volkswirtschaften in der EU und weltweit von den Preisen für Energieerzeugnisse getroffen. Auch wenn nach den Tiefständen während der Pandemie hier bereits vor dem Krieg ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen war, so hat die Unsicherheit bei den Lieferketten die Preise weiter nach oben getrieben und ihre Volatilität erhöht. Dies gilt für Nahrungsmittel wie auch für andere grundlegende Waren und Dienstleistungen; gleichzeitig sinkt die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Zu den Störungen im Welthandel aufgrund der drastischen Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 in Teilen Chinas kommen nun kriegsbedingte Logistik- und Lieferkettenunterbrechungen sowie steigende Betriebsmittelkosten für zahlreiche Rohstoffe hinzu, die die Produktion zusätzlich belasten.

Energiepreise treiben Inflation auf Rekordhoch

Die Inflation, die seit Anfang 2021 angezogen hat, kletterte im Vorjahresvergleich von 4,6 Prozent (letztes Quartal 2021) auf 6,1 Prozent (erstes Quartal 2022). Bei der Gesamtinflation im Euro-Währungsgebiet ist ein drastischer Anstieg auf 7,5 Prozent im April zu verzeichnen – der höchste Stand in der Geschichte der Währungsunion.

Für das Euro-Währungsgebiet wird eine Inflation von 6,1 Prozent im Jahr 2022 erwartet, die dann im Jahr 2023 auf 2,7 Prozent sinken dürfte. Für das Jahr 2022 insgesamt ist dies gegenüber der Zwischenprognose vom Winter 2022 (3,5 Prozent) eine deutliche Korrektur nach oben. Die Inflation dürfte im zweiten Quartal dieses Jahres mit 6,9 Prozent ihren Höchststand erreichen und danach allmählich zurückgehen. In der EU wird die Inflation voraussichtlich von 2,9 Prozent im Jahr 2021 auf 6,8 Prozent im Jahr 2022 steigen und dann im Jahr 2023 auf 3,2 Prozent sinken. Für die Jahre 2022 und 2023 wird sowohl in der EU als auch im Euro-Währungsgebiet eine durchschnittliche Kerninflation von über 3 Prozent erwartet.

Starker und sich weiter verbessernder Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt verfügt in der neuen Krise über eine solide Grundlage. Im Jahr 2021 wurden in der EU-Wirtschaft mehr als 5,2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen und durch den attraktiveren Arbeitsmarkt fast 3,5 Millionen mehr Menschen in Beschäftigung gebracht.

Zudem ging die Zahl der Arbeitslosen um fast 1,8 Millionen zurück. Die Arbeitslosenquoten sanken Ende 2021 unter das Rekordtief der Vorjahre.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich weiter verbessern. Die Beschäftigung in der EU dürfte in diesem Jahr um 1,2 Prozent zulegen, wenngleich diese jährliche Steigerungsrate vor allem durch die starke Dynamik in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres gestützt wird. Die Arbeitsmarktintegration von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine in die EU fliehen, verläuft nur schrittweise und dürfte erst ab nächstem Jahr spürbar sein.

Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich weiter zurückgehen, und zwar auf 6,7 Prozent in diesem Jahr bzw. 6,5 Prozent im Jahr 2023 in der EU und auf 7,3 Prozent bzw. 7,0 Prozent in den Jahren 2022 und 2023 im Euro-Währungsgebiet.

Staatliche Defizite weiter rückläufig, aber Kostenanstieg infolge des Krieges

Trotz der Kosten für Maßnahmen zur Milderung der Auswirkungen hoher Energiepreise und zur Unterstützung von Flüchtlingen aus der Ukraine dürfte das gesamtstaatliche Defizit in der EU in den Jahren 2022 und 2023 weiter zurückgehen, da befristete COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen nach und nach zurückgefahren werden. Den Prognosen zufolge wird das Defizit in der EU von 4,7 Prozent des BIP im Jahr 2021 auf 3,6 Prozent des BIP im Jahr 2022 und auf 2,5 Prozent des BIP im Jahr 2023 zurückgehen (3,7 Prozent bzw. 2,5 Prozent im Euro-Währungsgebiet).

Nach einem Rückgang von einem historischen Höchststand von fast 92 Prozent des BIP im Jahr 2020 (fast 100 Prozent im Euro-Währungsgebiet) auf rund 90 Prozent (97 Prozent im Euro-Währungsgebiet) im Jahr 2021, dürfte die Gesamtschuldenquote der EU im Jahr 2022 auf rund 87 Prozent und im Jahr 2023 auf 85 Prozent (95 Prozent bzw. 93 Prozent im Euro-Währungsgebiet) zurückgehen und damit weiterhin über dem Niveau vor der COVID-19-Krise bleiben.

Kriegsverlauf bestimmt Unsicherheit und Risiken

Die Risiken, mit denen die Konjunktur- und Inflationsprognose behaftet ist, hängen in hohem Maße vom Kriegsverlauf und insbesondere von den damit verbundenen Auswirkungen auf die Energiemärkte ab.

Angesichts der hohen Unsicherheit wird die Basisprognose von einer modellgestützten Szenarioanalyse begleitet, in der die Auswirkungen höherer Preise für Energieerzeugnisse sowie einer vollständigen Einstellung von Gaslieferungen aus Russland simuliert werden. In letzterem drastischeren Szenario würden die BIP-Wachstumsraten 2022 und 2023 etwa 2,5 Prozentpunkte bzw. 1 Prozentpunkt unter dem prognostizierten Basisszenario liegen, während die Inflation 2022 um 3 Prozentpunkte und 2023 um mehr als 1 Prozentpunkt über der Basisprojektion liegen würde.

Zusätzlich zu solchen potenziellen Unterbrechungen der Energieversorgung könnten unerwartet große Probleme bei den Lieferketten sowie ein weiterer Anstieg der Preise für

nicht-energetische Rohstoffe, insbesondere Nahrungsmittel, zu einem zusätzlichen Abwärtsdruck auf das Wachstum und einem Aufwärtsdruck auf die Preise führen. Sollten die Zweitrundeneffekte infolge einer importierten Inflation und eines damit verbundenen Inflationsschocks stärker als erwartet ausfallen, könnte dies die Gefahr einer Stagflation deutlich erhöhen. Ein starker Inflationsdruck birgt auch erhöhte Risiken für die Finanzierungsbedingungen. Zudem bleibt COVID-19 ein Risikofaktor.

Abgesehen von diesen unmittelbaren Risiken führt Russlands Invasion der Ukraine zu einer wirtschaftlichen Abschottung der EU von Russland, deren Folgen zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer einzuschätzen sind.

Hintergrund

Die Prognose basiert auf einer Reihe technischer Annahmen für Wechselkurse, Zinssätze und Rohstoffpreise mit Stichtag 29. April. Bei allen anderen herangezogenen Daten, auch den Annahmen zu staatlichen Maßnahmen, wurden in dieser Prognose Informationen bis einschließlich 29. April berücksichtigt. Den Projektionen liegt die Annahme einer unveränderten Politik zugrunde, es sei denn, es wurden konkrete neue politische Maßnahmen angekündigt.

Die Europäische Kommission veröffentlicht jedes Jahr zwei umfassende Prognosen (im Frühjahr und im Herbst) und zwei Zwischenprognosen (im Winter und im Sommer). Die Zwischenprognosen enthalten jährliche und vierteljährliche BIP- und Inflationszahlen für das laufende und das folgende Jahr für alle Mitgliedstaaten sowie die aggregierten Zahlen für die EU insgesamt und für das Euro-Währungsgebiet.

In ihrer im Juli 2022 zu veröffentlichenden Sommerprognose 2022 wird die Europäische Kommission aktualisierte BIP- und Inflationsprojektionen vorlegen.

Weitere Informationen:

[Frühjahrsprognose 2022 \(europa.eu\)](#)

Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU:

[EU Sanctions Map](#)

FAQ der Europäischen Kommission zu Sanktionen

Alle Leitlinien in der Übersicht:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

Die EU hat eine Übersicht zu 50 häufig gestellte Fragen zu EU- Ausfuhrbeschränkungen gemäß den Artikeln 2, 2a und 2b der Verordnung des Rates Nr. 833/2014 gegen Russland vorgelegt, die Sie hier finden:

[FAQ on export-related restrictions to Russia for dual-use items and "advanced technology" items \(Articles 2, 2a and 2b of Regulation No 833/2014\) \(europa.eu\)](#)

Neu FAQ im Detail:

- [deposits](#) (17.5.)
- [trading](#) (13. Mai)
- [public procurement](#)
- [state-owned enterprises](#) (11.Mai)
- [customs](#) (5. Mai)
- [access to EU ports](#) (6. Mai)

Weitere FAQ:

- [Circumvention and due diligence](#) (4. Mai)
- [trading](#) (4.Mai)
- [assets freeze and prohibition to make funds and economic resources available](#) (4. Mai)
- [insurance and reinsurance](#) (3. Mai)
- [sale of securities in an official Member State currency](#) (3. Mai)
- [deposits](#) (3. Mai)
- [luxury goods](#) (2. Mai)
- [humanitarian aid](#) (2. Mai)
- [credit rating](#) (28. April)
- [access to EU ports](#) (27. April)
- [central securities depositories](#) (26. April)
- [export restrictions on maritime navigation goods and technology](#) (26. April)
- [intellectual property rights](#) (26. April)
- [customs related matters](#) (25. April)
- [Russian energy sector](#) (22. April)

4. Russland-Gegensanktionen

Gesetzentwurf zur Fremdverwaltung von Unternehmen

Das Gesetz zur Fremdverwaltung von Unternehmen wurde weiterhin noch nicht in die DUMA eingebracht, danach bräuchte es dann drei Lesungen und die Unterschrift des Präsidenten, um in Kraft zu treten. Es betrifft nach derzeitigem Stand Firmen, die den russischen Markt ganz verlassen wollen oder müssen. Bislang war in dem Entwurf nur von sogenannten „Unternehmen der ersten Notwendigkeit“ die Rede, also die Grundversorgung der Bevölkerung z.B. mit Nahrungsmitteln und Medikamenten etc. betreffend. Der neue Entwurf sieht auch Unternehmen vor, die Rüstungsgüter oder Material zur Verteidigung produzieren, sowie Firmen aus dem Energie-Sektor. Es gilt: Das Unternehmen muss zu mehr als 25 Prozent im Eigentum einer juristischen Person aus einem „unfreundlichen Staat“ sein oder eine marktbeherrschende Position besitzen.

Es gibt aber bislang noch keinen final ausgearbeiteten Gesetzentwurf. Dieser könnte aber noch im Laufe des Monats kommen.

Laut einem Interfax-Artikel gibt es weiterhin Kritik am derzeitigen Gesetzesstand:

Die Staatsduma findet die Kriterien für die Einführung eines externen Managements in Unternehmen mit ausländischer Beteiligung unklar (Arbeitsübersetzung)

[В Госдуме сочли нечеткими критерии введения внешнего управления в компаниях с иноучастием \(interfax.ru\)](#)

Die Kriterien für externe Verwaltungen in Unternehmen mit feindlicher ausländischer Beteiligung, die in einem parlamentarischen Gesetzentwurf festgelegt sind, „entsprechen nicht den Anforderungen an Klarheit und Präzision“, so die Rechtsabteilung der Staatsduma.

Diese Schlussfolgerung zu dem Gesetzentwurf (Nr. 104796-8) wurde in der elektronischen Datenbank des Parlaments veröffentlicht. Dieses Dokument wurde der Duma Mitte April von einer Gruppe von Abgeordneten von „Einiges Russland“ vorgelegt. Es ermöglicht die Einführung einer externen Verwaltung durch Gerichtsbeschluss oder die Übertragung von Vermögenswerten „unfreundlicher“ Ausländer in die treuhänderische Verwaltung sowie den Verkauf von Unternehmen im Rahmen von Versteigerungen an einen interessierten Investor oder, in dessen Abwesenheit, an den Staat zu einem Mindestpreis. Solche Maßnahmen könnten auf Unternehmen von „erheblicher Bedeutung“ für die russische Wirtschaft angewandt werden, die zu mindestens 25 % im Besitz von Unternehmen aus „unfreundlichen“ Staaten sind.

Der Entwurf nennt sieben Gruppen von Unternehmen, die eine solche „wesentliche Bedeutung“ haben, erlaubt es aber einer ressortübergreifenden Kommission, die dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung unterstellt ist, alle anderen als solche einzustufen. Zu den ausdrücklich erwähnten Gruppen gehören beispielsweise: Hersteller von gesellschaftlich wichtigen und wesentlichen Gütern, einschließlich solcher mit staatlich kontrollierten Preisen; Alleinhersteller bestimmter Produkte oder Alleinlieferanten von

Produkten, für die es keine russischen Äquivalente gibt; Unternehmen, die das Rückgrat einer Stadt bilden; und Unternehmen, deren Schließung zu von Menschen verursachten oder Umweltkatastrophen, Destabilisierung oder ungerechtfertigten Erhöhungen der Einzelhandelspreise für gesellschaftlich wichtige Güter und Dienstleistungen führen könnte.

Dem Entwurf zufolge kann eine externe Verwaltung oder eine Treuhandverwaltung auferlegt werden, wenn die frühere Geschäftsführung diese Unternehmen ohne Verwaltung zurückgelassen und Russland nach dem 24. Februar verlassen hat oder wenn sie öffentlich die Beendigung ihrer Tätigkeit in Russland erklärt hat, „ohne dass offensichtliche wirtschaftliche Gründe vorliegen“. Ein weiterer Grund für die Einführung einer externen Verwaltung ist die Einstellung oder Verringerung der Wirtschaftstätigkeit, die zu einem Rückgang der Einnahmen um mindestens 30 Prozent in drei vollen Monaten gegenüber dem vorangegangenen Zeitraum oder dem gleichen Zeitraum des Vorjahres geführt hat.

Die Rechtsabteilung der Staatsduma hat diese Bestimmungen des Gesetzentwurfs kritisiert. „Die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Kriterien für Organisationen, bei denen eine externe Verwaltung eingeführt werden kann, einschließlich der dafür vorgesehenen Fälle und Gründe, entsprechen nicht den Anforderungen an Klarheit und Präzision“, so die Rechtsabteilung der Staatsduma in ihrer Schlussfolgerung.

Ursprünglich arbeitete das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung an der Idee, die Kontrolle über Unternehmen zu übernehmen, die ihre Tätigkeit in Russland nach dem Beginn der Operation in der Ukraine eingestellt hatten, aber das Dokument wurde nicht vorbereitet. Letzte Woche wurde bekannt, dass das Ministerium eine positive Antwort der Regierung auf einen ähnlichen Parlamentsentwurf verfasst hatte.

Weitere russische Berichte zum Thema:

[Правительство поддержало законопроект «Единой России» о внешнем управлении с учетом замечаний - Ведомости \(vedomosti.ru\)](#)

[«Ведомости» узнали о предложении ввести внешнее управление в ОПК и ТЭК — РБК \(rbc.ru\)](#)

Den derzeitigen Stand des Zwangsverwaltungsgesetzes haben die Rechtsanwälte von RSP International folgendermaßen zusammengefasst:

„Die externe Verwaltung wird auf Initiative des Leiters des zuständigen Fachministeriums oder des Leiters der Region, in der die Organisation tätig ist, ernannt. Die genannten Personen müssen ihre Anträge bei einer dem Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung unterstellten interministeriellen Kommission einreichen. Stimmt die Kommission zu, reicht der FNS eine entsprechende Klage beim Moskauer Schiedsgericht ein, das den Antrag auf externe Verwaltung innerhalb von sieben Tagen zu prüfen hat.

Die Autoren der Gesetzesinitiative schlagen vor, die Funktionen der externen Verwaltung dem staatlichen Unternehmen VEB.RF oder einer anderen Organisation zu übertragen, die

von einer interministeriellen Kommission vorgeschlagen wird. Die Arbeit des Managers soll von der Organisation selbst nach von der Regierung festzulegenden Regeln bezahlt werden.

Die externe Verwaltung kann auf zwei Arten ernannt werden:

- Übertragung von Aktien oder Geschäftsanteilen an einer Organisation zur treuhänderischen Verwaltung oder
- Übertragung der Befugnisse des Leiters der Organisation.

Die Dauer der Verwaltung beträgt achtzehn Monate. Wenn die interministerielle Kommission vor Ablauf dieser Frist nicht beschließt, beim Gericht eine vorzeitige Beendigung der externen Verwaltung zu beantragen, wird diese automatisch um weitere achtzehn Monate verlängert und das Gericht informiert die Organisation darüber.

Die interministerielle Kommission kann die externe Verwaltung auch vorzeitig beenden:

- auf Antrag der Eigentümer des Unternehmens, wenn sie ihre Anteile veräußern oder die Umstände beseitigen wollen, die zur Bestellung einer externen Verwaltung geführt haben;
- im Falle der Liquidation des Unternehmens;

für den Fall der Eröffnung eines Konkursverfahrens.

Die Verfasser des Gesetzentwurfs schlagen vor, auch die Befugnisse des Liquidators oder Konkursverwalters auf eine externe Verwaltung zu übertragen. Darüber hinaus soll die Verwaltung ein Vorkaufsrecht an Aktien oder Geschäftsanteilen an der Organisation haben sowie an deren Vermögen.

Die Staatsduma hat die Prüfung des Gesetzentwurfs in das vorläufige Gesetzgebungsprogramm für Mai 2022 aufgenommen.

Mit Stand vom 18.05.2022 liegen die Stellungnahmen von zwei der drei beratenden Ausschüsse der Duma vor (Ausschuss für Finanzmarktfragen - keine Kommentare, Ausschuss für Industrie und Handel - mit Kommentaren und Vorschlägen).

Der Ausschuss für den Schutz des Wettbewerbs hat noch keine Stellungnahme abgegeben. Ein Termin für die erste Lesung des Gesetzentwurfs steht daher noch nicht fest. Auch die russische Regierung hat eine Überarbeitung des Gesetzentwurfes gefordert. Dabei wurde insbesondere vorgeschlagen, dass Unternehmen der Energieversorgung und kritischen Infrastruktur unter externe Verwaltung gestellt werden sollen.

[Russland - Kommt die gesetzliche Zwangsverwaltung? \(rsp-i.info\)](http://rsp-i.info)

Weitere Meldungen aus und über Russland:

Spiegel-Online:

Russland will Gaslieferungen an Finnland ab Samstag einstellen

Gazprom hat nach Angaben des staatlichen finnischen Gasunternehmens Gasum angekündigt, Gasimporte aus Russland in das nordische Land ab Samstagmorgen zu stoppen. »Es ist sehr bedauerlich, dass die Erdgaslieferungen im Rahmen unseres Liefervertrags nun eingestellt werden«, wird Unternehmenschef Mika Wiljanen in einer Mitteilung zitiert.

Der Schritt erfolgt nur wenige Tage, nachdem Finnland und sein skandinavischer Nachbar Schweden in Brüssel die Aufnahme in das westliche Verteidigungsbündnis Nato beantragt haben. Ob es einen kausalen Zusammenhang gibt, ist zumindest offiziell nicht bekannt. Russland sieht in Anträgen jedoch schwere Fehler beider bisher neutralen Länder.

Auch die Auswirkungen des angekündigten Lieferstopps sind noch unklar, könnten sich aber in Grenzen halten. Fast das komplette in Finnland verbrauchte Gas kommt bislang zwar aus Russland, macht aber nur etwa fünf Prozent am Energieverbrauch des Landes insgesamt aus.

»Wir haben uns jedoch sorgfältig auf diese Situation vorbereitet, und vorausgesetzt, dass es keine Unterbrechungen im Gastransportnetz gibt, werden wir in der Lage sein, alle unsere Kunden in den kommenden Monaten mit Gas zu versorgen«, sagte Gasum-Chef Wiljanen. Bereits seit Tagen rechnete man bei dem Unternehmen in Espoo d

Grünes Licht für Gas-Zahlungen aber weiter Diskussionen

Europäische Unternehmen können Gas aus Russland beziehen, ohne bei der Bezahlung gegen EU-Sanktionen zu verstoßen. Die Kommission betont in einer Mail an Abnehmerländer von russischem Gas, dass die derzeitigen EU-Sanktionen die Unternehmen nicht daran hindern, ein Konto zu eröffnen, um das Gas in der in den Verträgen angegebenen Währung (Dollar/Euro) zu bezahlen und fügt hinzu, dass die Unternehmen ihre vertraglichen Zahlungsverpflichtungen aber als erfüllt betrachten sollten, sobald diese Zahlung überwiesen ist. Die Kommission geht jedoch nicht auf die russische Forderung ein, dass Unternehmen ein zweites auf Rubel lautendes Konto eröffnen und die Zahlungen auf dieses Konto überweisen müssen, bevor die Transaktion als abgeschlossen gilt. Dies wäre dann ein Sanktionsverstoß. In diesem Zusammenhang gibt es weiter Diskussionen innerhalb der EU. Nachletztten Berichten hatten Unternehmen wie Eni neben einem Dollar-Konto gleichzeitig auch ein Rubel-Konto aktiv eröffnet. Dies wiederum wäre von der EU-Regelung nicht gedeckt. Wie sich die Unternehmen genau verhalten und was mit der Gazprombank vereinbart wurde, lässt sich im Einzelfall nicht genau nachvollziehen. Das Thema droht weiter ein Spaltpilz für die EU zu bleiben.

Vize-Regierungschef Alexander Nowak hat laut Kommersant erklärt, dass etwa die Hälfte der insgesamt 54 ausländischen Unternehmen, die Gas von Gazprom beziehen, Konten bei der Gazprombank eröffnet haben. Das neu eingeführte System, mit dem russische Gaskäufer Devisen an die Gazprombank überweisen und diese dann in Rubel umtauschen sollen, bezeichnete er als zwingend notwendig, um die russischen Exporteinnahmen vor einer möglichen Beschlagnahmung zu schützen. „In den nächsten Tagen werden wir die endgültige Liste sehen – wer das Gas in Rubel bezahlt hat und wer sich geweigert hat, zu zahlen“, erklärte Nowak.

[Новак заявил, что половина импортеров российского газа открыли счета для оплаты в рублях - Новости – Бизнес – Коммерсантъ \(kommersant.ru\)](https://www.kommersant.ru/news/1181111)

Bankkonten beschlagnahmt: Google ist in Russland bankrott [DerStandard](#)

Die Auseinandersetzung zwischen russischen Behörden und Alphabet erreicht eine neue Eskalationsstufe

Der Konflikt zwischen Google und Russland hat eine neue Dimension erreicht. Nachdem russische Behörden die Bankkonten des US-Konzerns gesperrt bzw. beschlagnahmt hatten, meldete die russische Google-Niederlassung nun Insolvenz an. Das Büro in Russland könne wegen der behördlichen Maßnahme nicht mehr erhalten werden. Die Beschäftigten müssten folglich gekündigt werden. Auch Zulieferer und Partnerfirmen könnten nicht mehr bezahlt werden, teilte Google gegenüber Reuters mit.

Google-Dienste in Russland noch online

Mit der offiziellen Insolvenzanmeldung ist eine weitere Eskalationsstufe zwischen Alphabet und den russischen Behörden erreicht. Schon in der Vergangenheit geriet der Konzern wegen seiner angezeigten Nachrichten, aber auch wegen Inhalten auf Youtube in Konflikt mit der russischen Führung. Seit Beginn der Ukraine-Invasion verschärfte sich die Begehrlichkeit enorm. Google bzw. Alphabet wurde zu einer Reihe von Strafen verdonnert, etwa weil in Youtube-Videos über Opferzahlen in der ukrainischen Bevölkerung und beim russischen Militär berichtet wurde.

Auch wenn Google nach Kriegsbeginn wie die meisten anderen internationalen Konzerne seine wirtschaftlichen Tätigkeiten auf ein Mindestmaß beschränkte, sind die meisten seiner Dienste immer noch aufrufbar. Der Konzern kündigte an, trotz Insolvenz die Google-Suche, aber auch Youtube, Gmail, Maps und Android weiterhin auch russischen Nutzerinnen und Nutzern zur Verfügung zu stellen. Ob die Dienste verfügbar bleiben, hängt auch von den russischen Behörden ab, die mehrmals eine Sperre der Plattformen und Services angedroht haben.

Probleme bei Steuerzahlungen aus dem Ausland

Russische Steuerpflichtige haben derzeit Probleme, Steuern aus dem Ausland zu zahlen, weil sich US- und EU-Banken weigern, Gelder von ausländischen Konten auf russische Konten zu überweisen. Das Problem steht im Zusammenhang mit den eingeführten Beschränkungen für Geldüberweisungen und teilweise einem „Over-Compliance“ der ausländischen Banken. Welche Lösungsalternativen es bei derartigen Problemen gibt, beschreibt RSP International auf dieser Seite:

[Russland - Probleme bei Steuerzahlungen aus dem Ausland \(rsp-i.info\)](http://rsp-i.info)

Chinesen halten sich in Russland zurück – Importe sinken

Die russischen Importe sind nach Beginn des Krieges auf Talfahrt. Und dies gilt überraschend auch für Importe aus China, wie die russische Wirtschaftszeitung RBK jetzt ermittelt haben will. Die offiziellen Statistiken liegen dazu weiterhin nicht vor – Zoll und Zentralbank haben bisher keine Zahlen zu den vergangenen Monaten veröffentlicht. RBK hat aber offizielle Daten der russischen Handelspartner zusammengetragen. Die europäischen Ausfuhren nach Russland brachen demnach im März um 50 bis 70 Prozent ein (gilt auch für Länder Asiens wie Südkorea und Taiwan). Auch die russischen Importe aus China sollen im April 26 Prozent unter den Werten des Vorjahresmonats gelegen haben. Grund hierfür könnte sein, dass viele Geschäfte zwischen Russland und China in Dollar vereinbart wurden. Hier ist der Zahlungsverkehr aufgrund der westlichen Sanktionen kompliziert geworden.

[Китай и ЕС сообщили о снижении ввоза товаров в Россию на фоне санкций — РБК \(rbc.ru\)](http://rbc.ru)

Aus Renault wird Moskwitsch

Moskaus Oberbürgermeister Sergej Sobjanin hat die Wiederaufnahme der Produktion von Pkw unter dem bekannten Markennamen „Moskwitsch“ angekündigt. Diese werden im ehemaligen Renault-Werk in Moskau montiert, das Renault aufgrund der Sanktionsentwicklung an die Stadtregierung abgegeben hat. Der wichtigste Technologiepartner des wiederbelebten Moskwitsch-Automobilwerks wird der russische LKW-Produzent KAMAZ sein. „In der ersten Phase wird die Produktion klassischer Autos mit Verbrennungsmotor organisiert, aber auf lange Sicht werden es Elektroautos sein“, ergänzte Sobjanin.

300 Millionen Euro täglich: So teuer kommt Russland der Krieg

BR24

Nach Angaben aus dem russischen Finanzministerium steigen die Kosten für Putins Angriff auf die Ukraine in schwindelerregende Höhen. Die Wirtschaft leidet furchtbar, die Perspektiven sind katastrophal - und für die Kultur ist kein Geld mehr da.

Eigentlich kann derzeit niemand beziffern, wie kostspielig der Krieg für Putin real wird, denn der offizielle Rubelkurs ist politisch manipuliert und entspricht in gar keiner Weise den tatsächlichen wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen. Gleichwohl veröffentlichte das russische Finanzministerium aktuelle Haushaltszahlen für April, und demnach schlugen die Militärausgaben mit 628 Milliarden Rubel zu Buche, was fast einer Milliarde Rubel pro Stunde entspricht.

Wird der geltende Wechselkurs zu Grunde gelegt, kamen im April umgerechnet gut neun Milliarden Euro Kriegskosten zusammen - viel zu viel Geld, als dass Russland dieses Ausgabeniveau lange durchhalten könnte. Zum Vergleich: In guten Zeiten nahm Moskau monatlich rund 14 Milliarden Euro im Öl- und Gasgeschäft ein, doch dabei dürfte es kaum bleiben. Weil Russland nach dem Rückzug fast aller westlichen Konzerne ökonomisch isoliert ist, wird der Gesamthaushalt derzeit zu fast zwei Dritteln vom Energieexport finanziert, was zeigt, dass ein Boykott von russischem Öl und Gas durch den Westen den Kreml katastrophal treffen würde.

Staatshaushalt rutscht in rote Zahlen

Das krenlkritische Onlineportal "Meduza" vergleicht die täglichen Kriegskosten mit dem Jahresbudget mancher kleineren russischer Region, wie zum Beispiel Kalmückien am Kaspischen Meer oder der Autonomen Jüdischen Region im Fernen Osten. Obwohl die Einnahmen aus Erdöl- und Erdgas-Exporten zunächst noch munter sprudelten, rutschte der russische Staatshaushalt im April erstmals in die roten Zahlen. Kein Wunder, angesichts der Tatsache, dass allein im laufenden Jahr bisher rund 24 Milliarden Euro für die Rüstung fällig wurden, bekanntlich mit wachsender Tendenz. Ein Vielfaches dessen, was Russland für Bildung und Kultur ausgibt.

Ein Militärexperte der "Komsomolskaja Prawda" schätzte den Preis einer einzigen, in Russland hergestellten "Kaliber"-Lenkwaffenrakete auf rund 350.000 US-Dollar. Amerikanische gleichwertige Raketen sollen demnach einen Stückpreis von 1,5 Millionen US-Dollar haben. Bei solchen Kalkulationen mögen propagandistische Aspekte im Spiel sein. Wie auch immer: Diese Hightech-Raketen sind enorm teuer, dennoch will Russland die Produktion hochfahren - was mangels Chips aber wohl eine Illusion bleiben dürfte.

Für die Kinos gibt es keine Soforthilfe

Lächerlich wirkt da geradezu der Betrag, den die russischen Filmtheater für ihre Rettung verlangten. Sie hofften, rund 100 Millionen Euro vom Staat zu bekommen, damit sie die Durststrecke ohne Hollywood-Filme überleben. Derzeit werden restaurierte sowjetischen Filme wiederaufgeführt, mit der entsprechend mageren Publikumsresonanz. Die Medien

sind voll mit Warnungen, dass wohl viele Kinos demnächst zu Warenhäusern, Cafés oder Secondhand-Läden umgebaut werden.

Branchenfachmann Roman Isajew sagte dem "Kommersant", die Krise der russischen Filmwirtschaft werde sich dramatisch verschärfen: "Dieser Prozess wird sich beschleunigen, da viele die Entscheidung zur Schließung verschoben und versucht haben, Schulden zu machen, in der Hoffnung, dass es Hilfe vom Staat gibt, und dass es sich schon irgendwie rechnet. Aber jetzt gibt es zumindest für die nahe Zukunft keine derartigen Erwartungen mehr. Kinos bewegen sich irgendwo am Ende der Rangliste. Vielleicht eines Tages, aber aktuell gibt es keinerlei Ressourcen, um ihnen zu helfen."

Konsumgüter ab Herbst knapp

Der frühere russische Wirtschaftsminister Andrei Netschajew (69) warnte die Russen inzwischen vor einer ernsthaften Verknappung von Konsumgütern im Herbst und einem weiteren spürbaren Preisanstieg. Die Lagerbestände an importierten Rohstoffen würden Mitte des Jahres erschöpft sein. Solche Warnungen häufen sich. Und vom ukrainischen Militär kommt die Beobachtung, die russischen Truppen würden sich an Teilen der Front, etwa rund um die Großstadt Cherson, aufwändig "eingraben", um die erreichten Gebietsgewinne vor Angriffen zu sichern, was teure Ingenieur-Bauwerke erfordert. Die Kriegskosten dürfte das nicht gerade verringern.

Wenig verwunderlich, dass mangels Nachfrage ein Drittel der Hotels auf der Krim in dieser Sommersaison nicht eröffnen will. Nach Ferien am Meer steht begreiflicherweise wenig Russen der Sinn, müssen sie doch nahezu täglich Spekulationen lesen, wann die Ukraine wohl die wichtige Straßen- und Zug-Brücke zur Krim bombardieren werde. In den zurückliegenden "Maiferien" lag die Auslastung in den dortigen Hotels nach Informationen des "Kommersant" bei gerade mal 10 bis 15 Prozent.

Kartoffeln statt Autoteile

[TAZ](#)

Die EU hat das sechste Sanktionspaket gegen Russland auf den Weg gebracht. Die Wirtschaftsstrafen zeigen erste Folgen.

Bei Awtotor in Kaliningrad setzten die Arbeiter/innen noch bis in den März hinein BMWs zusammen, Kias, Hyundais. Bis zu 250.000 Fahrzeuge seien jährlich vom Band gerollt, berichtet die Homepage des Unternehmens in der Stadt, die die Jugend dort nur noch Kö nennt. Als Anlehnung ans einstige Königsberg.

30.000 Menschen arbeiten bei Awtotor. Nun sind alle 30.000 zu Hause. Betriebsferien. Zunächst bis Ende Mai, heißt es offiziell. Viele in der Stadt sind nervös, weil aus den Ferien oder der möglichen Kurzarbeit danach schnell Arbeitslosigkeit werden könnte. Wie auch in Kaluga, 160 Kilometer von Moskau entfernt, wo VW seine Autos für den russischen Markt

produzierte und es nicht mehr tut, oder in Toljatti an der Wolga, aus dem sich Renault zurückgezogen und die Zusammenarbeit mit Lada beendet hat.

Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine, den der Kreml offiziell „militärische Spezialoperation“ nennt, stellten viele ausländische Firmen ihre Tätigkeit in Russland ein, fast 1.000 internationale Unternehmen haben sich vom russischen Markt abgewendet, manche „vorübergehend“, andere „für immer“. Die Lieferketten stimmen nicht mehr, die Logistik stockt, Ersatzteile fehlen.

So auch bei AwtoVAZ in Kaliningrad. „Eine schwierige wirtschaftliche Lage“, nennt das die Unternehmensführung und bietet sogleich eine Lösung dagegen an: AwtoVAZ stellt seinen Mitarbeitern Parzellen für Gemüsegärten zur Verfügung. Jeder, der wolle, könne 1.000 Quadratmeter Fläche in zwei Dörfern, etwa 20 Kilometer von Kaliningrad entfernt, beantragen. „Hochwertige Saatkartoffeln aus vaterländischer Produktion miteinbegriffen“, heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens. Kartoffeln statt Autoteile.

Leugnen klappt schlecht

Es ist eine russische Antwort auf die massiven Wirtschaftsstrafen, die dem Angriff Moskaus auf die Ukraine folgten. Viele im Land tun bis heute so, als beträfen sie sie nicht. Das Leugnen klappt nicht schlecht. Der Rubel hat sich stabilisiert, die Ladenregale wirken voll, die Restaurants scheinen gut besucht, die Apotheken haben ihre Auslagen wieder so gefüllt, dass Leerstellen kaum auffallen. Baumärkte von OBI haben wieder geöffnet; mag die Kette nun unter einem russischen Betreiber laufen. Und selbst den endgültigen Abschied von McDonald's vom russischen Markt verkauft die Moskauer Stadtregierung als „Rückkehr unter einer neuen Marke schon im Juni“. Auch den Weggang von Renault sieht sie als etwas gut zu Verschmerzendes an. Kommt eben der Moskwitsch zurück, der sowjetische Volksbeglückungswagen.

2006 ging der russische Automobilhersteller aus Moskau zwar pleite, nun aber soll die Automarke in den Renault-Werken bei Moskau wiederbelebt werden. Die Stadtverwaltung besitzt alle russischen Renault-Aktien, die Anteile, die das Unternehmen an AwtoVAZ hielt, gehen derweil ans Staatliche Institut zur Entwicklung von Automobilen, Traktoren und Motoren (NAMI). Der technologische Partner des Moskwitsch soll der Lkw-Hersteller Kamaz sein, dem durch die Sanktionen Bauteile für Getriebe und Einspritzpumpen wie auch verschiedene Chips für die Produktion fehlen. Auch Elektro-Moskwitschs sollen in Zukunft möglich sein, sagte der Moskauer Bürgermeister Sergei Sobjanin vollmundig. Wie die Partnerschaft funktionieren soll und auf welcher Grundlage die Moskwitschs vom Band laufen sollen, sagte Sobjanin nicht.

Papier für Kassenbons fehlt

Rückschritte als Fortschritte zu verkaufen – darin läuft die russische Regierung derzeit in Hochform auf. Ladas sollen mit alter Technik weiterproduziert werden, ohne das Antiblockiersystem ABS und Servolenkung. Die Hälfte der russischen Flugzeugtechnik soll als Ersatzteillager dienen. Alte Züge werden schon jetzt auf Strecken eingesetzt, bei denen die Regierung noch vor Kurzem für mehr Hochgeschwindigkeitszüge geworben hatte. „Wir

können alles selbst“, sagen russische Be-am-t*in-nen und pochen auf den sogenannten „Importosameschtschenije“, die Importsubstitution, die ausländische Importe durch heimische Produktion ersetzen soll.

Nur: Plötzlich stellt die heimische Wirtschaft fest, dass ihr Papier für Kassenbons fehlt. Seitdem sind die Kassenzettel kaum mehr lesbar, so klein ist die Schrift, manche Verkäuferinnen schreiben die Bons mittlerweile mit der Hand. Die Tetrapack-Beschichtung wird in Russland gar nicht hergestellt, nun rätseln die Russ/inn/en, ob sie ihre Milch demnächst wieder in Emaille-Milchkannen holen müssen, wie sie es zu Sowjet-zeiten taten. Wursthüllen fehlen genauso wie Saatgut.

„Russland ist ein Teil der Weltwirtschaft. Wir sind einfach nicht in der Lage, jeglichen Import schnell zu ersetzen“, sagt der Cafébetreiber Alexei Poljakow. „Ich muss Schokolade einkaufen, andere müssen anderes einkaufen, um gute Geschäfte machen zu können. Jeder, der sagt, wir könnten alles selbst, ist ein Trottel.“ Der 32-Jährige betreibt ein Café in Kemerowo, in Russlands Steinkohlerevier knapp vier Flugstunden von Moskau weg, und kauft seine „Rohstoffe“ – wie Mandelmehl und Schokolade – im Ausland. Jetzt stockt das Geschäft. Wie bei vielen anderen im Land. Unternehmen, die in den vergangenen Jahrzehnten auf Innovation und Effizienz setzten, finden sich auf der Verliererseite, weil sie im Eiltempo aus den internationalen Wertschöpfungsketten geworfen werden.

Erheblicher Wirtschaftseinbruch

Der russische Staat setzt derweil auf Durchhalteparolen und Milliarden, der russische Haushalt ist gut gefüllt. Der Internationale Währungsfonds rechnet jedoch mit einem Wirtschaftseinbruch von 8,5 Prozent in diesem Jahr, die Weltbank mit 11,2 Prozent. Der Prozess ist schleichend, weil auch nicht klar ist, wie schnell Russland westliches Know-how aus anderen Ländern wird ersetzen können. China und Indien, auf die der Kreml so sehr setzt, sind vorsichtig, weil sie nicht in den Sog westlicher Sanktionen geraten wollen.

„Die Geschwindigkeit der Lawine, die auf Russland zurollt, wächst mit jedem Monat. Es findet gerade ein gewaltiger Umbau von allem statt, Ausgang offen“, sagt die Wirtschaftsgeografin Natalja Subarewitsch, die als Professorin an der Moskauer Staatsuniversität lehrt. Die Unberechenbarkeit sei äußerst hoch. Die Zentralbank habe zwar als Feuerwehr gut funktioniert und den Kollaps des russischen Finanzsystems und der Währung verhindert. Aber sie könne nicht ewig die Feuer löschen.

Genau Daten fehlen

Noch verpflichtet der Staat russische Firmen, 80 Prozent ihrer ausländischen Devisen-erlöse sofort in Rubel zu wechseln, der Zwangsumtausch stützt den Kurs massiv. Die Preise aber sind dadurch künstlich, im Rubelkurs spiegeln sich Angebot und Nachfrage nur noch eingeschränkt wider. Der reale Kurs ist unbekannt. Diese Maßnahmen müssten nach und nach zurückgefahren werden, das Land könne nicht ewig von den Reserven leben, sagt die Zentralbankchefin Elwira Nabiullina, die diese Regeln eingeführt hat. Das Land müsse nach neuen Geschäftsmodellen suchen.

Derweil geht die Erdölförderung zurück. Im März sei sie um 9 Prozent gefallen, die Erdölverarbeitung um 7 Prozent, schreibt die russische Wirtschaftszeitung Kommersant. Auch der Export falle, heißt es in dem Bericht. Genaue Daten aber fehlen, weil Russland seit März keine Statistiken diesbezüglich mehr veröffentlicht. „Die Inflation, jetzt schon bei 18 Prozent, wird steigen, die Jugendarbeitslosigkeit ebenfalls. In den Bereichen Metallurgie, Holz, Auto sehen wir schon jetzt eine Minusdynamik“, sagt Wirtschaftsgeografin Subarewitsch. Ihre Prognose: „Es wird schlimmer. Im Herbst lässt sich besser sehen, wie die Sanktionen wirken und was sie bewirken.“

In den Awtotor-Gemüsegeräten bei Kaliningrad dürfte im Herbst die erste Kartoffelernte heranreifen.

Staatsduma schlägt Abschaffung des Pariser Abkommens vor

[Izvestia](#) (Arbeitsübersetzung)

Die Staatsduma (Duma) hat vorgeschlagen, die Teilnahme Russlands am Pariser Klimaabkommen und am Kyoto-Protokoll zu beenden. Dies geht aus dem Bericht über die Ergebnisse der Sitzung des Staatsduma-Ausschusses für Ökologie, natürliche Ressourcen und Umweltschutz vom 16. Mai hervor.

Nach der endgültigen Verabschiedung im Parlament kann die Initiative an die Regierung zur Prüfung weitergeleitet werden, sagte Georgy Arapov, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses. Der Abgeordnete erklärte, dass es im Zusammenhang mit Sanktionen ratsam sei, die heimische Industrie von internationalen Verpflichtungen zu befreien, die an Bedeutung verloren haben.

„Als das Pariser Abkommen und das Kyoto-Protokoll verabschiedet wurden, gab es viele Meinungsverschiedenheiten über ihre Zweckmäßigkeit. In der Industrie waren viele politische Persönlichkeiten und Parteien dagegen, aber Russland hat sich den Abkommen angeschlossen“, so Arapov. Nach Ansicht des Abgeordneten ist es einfach unklar, was das Pariser Abkommen Russland bringt, da die Umwelt des Landes auch ohne internationale Verträge behandelt werden kann.

„Das Pariser Abkommen hat weder die Befürwortung von Umweltinitiativen noch die Ausarbeitung von Gesetzesänderungen beeinflusst, und vor dem Hintergrund der antirussischen Sanktionen ist die Zweckmäßigkeit einer Beteiligung daran unklar“, so der Parlamentarier abschließend.

Die Sanktionen haben den russischen Textilverarbeitern 85 % der Rohstoffe entzogen

[RBC](#) (Arbeitsübersetzung)

Russische Textilverarbeiter haben im Mai die Einfuhr von Rohstoffen eingestellt, die 73 % des für ihre Tätigkeit erforderlichen Volumens ausmachten, so der Geschäftsführer von Laut

Recycling (verarbeitet bis zu 700 Tonnen Textilien pro Monat, etwa 40 % des Marktes) Evgeny Sadovsky gegenüber RBC. Dies bestätigte der Pressedienst des Russischen Umweltbetreibers (REO), der Aufsichtsbehörde für die Abfallwirtschaftsbranche.

Nachdem die schwedische Kette H&M, die früher Altkleider sammelte, ihre Tätigkeit in Russland eingestellt hat, sind weitere 12 % der Rohstoffe vom Markt verschwunden, so Sadovsky. Alexander Zavgorodnyi, Produktionsleiter des Unternehmens T-textile aus der Region Moskau (das bis zu 250 Tonnen Rohstoffe pro Monat recycelt), sagt, dass wir bisher nicht in der Lage sind, das Defizit auszugleichen, und dass sich die Preise für russische Sekundärtextilien verdreifacht haben.

Die Reform der erweiterten Herstellerverantwortung wird dazu beitragen, das Volumen der Textilsammlung in Russland zu erhöhen, sagte Denis Butsaev, Leiter von Russian Ecological Operator. Sie wird dazu beitragen, die Einrichtung eines groß angelegten Systems zur Sammlung von Altkleidern zu finanzieren, ähnlich dem System zur Sammlung von Altpapier.

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland und FAQ finden Sie auf dieser der Internetseite der AEB:

[News \(aeb.ru\)](https://www.aeb.ru/news)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

5. Sanktionen der USA

USA erwägen Maßnahmen zur Kürzung der russischen Öleinnahmen

[Izvestia](#) (Arbeitsübersetzung)

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden erwägt verschiedene Optionen, um Russland den Zugang zu einem erheblichen Teil der Zahlungen für seine Öllieferungen zu versperren. Dies berichtete die New York Times am Donnerstag, den 19. Mai.

Wie die Autoren der Publikation darlegen, beabsichtigt Washington, die Einnahmen Russlands zu verringern, indem es unter Androhung von Sanktionen die obligatorische Überweisung von Finanzmitteln für aus Russland importiertes Öl auf Treuhandkonten einführt. Wenn diese Maßnahmen angenommen werden, wird Moskau nur noch in der Lage sein, Zahlungen für seine Energieressourcen zu erhalten, um lebenswichtige Güter, d.h. Medikamente und Lebensmittel, zu kaufen.

Die Publikation warnt jedoch davor, dass ein Versuch, Russlands zentrale Rolle in der globalen Energiewirtschaft auf diese Weise zu untergraben, zu einer Eskalation der Beziehungen der USA zu Indien, China und anderen Staaten führen könnte, die Öl aus Russland beziehen.

Am 8. Mai gab die US-Präsidentenverwaltung im Anschluss an ein virtuelles Treffen der G7-Länder eine Erklärung ab, in der sich die G7-Staaten verpflichteten, ihre Öleinfuhren aus Russland schrittweise einzustellen. Sie waren der Ansicht, dass dies und eine Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen der Hauptschlagader der russischen Wirtschaft einen schweren Schlag versetzen würde.

Initiativen im Kongress

Der US-Kongress plant laut russischen Medienberichten Änderungen der inneramerikanischen Terrorgesetzgebung. In diesem Zusammenhang könnte die Diskussion über zwei andere Resolutionsentwürfe wiederbelebt werden, die Russland als Sponsor des Terrorismus benennen. Beide Entwürfe würden parteiübergreifend unterstützt, was ihre Verabschiedung wahrscheinlicher mache.

USA wollen Russenbond-Zahlungen blockieren

[WirtschaftsWoche](#)

Die Biden-Administration will laut gut informierten Kreisen eine Ausnahmeregel auslaufen lassen, durch die Russland US-Anleihegläubiger bislang trotz Sanktionen weiter bezahlen konnten.

Ab nächster Woche könnte Moskau einem Zahlungsausfall näher rücken. Informierten Kreisen zufolge wird das Office of Foreign Assets Control des US-Finanzministeriums eine Ausnahmeregelung wahrscheinlich am 25. Mai auslaufen lassen, durch die Russland US-Anleihegläubiger bislang trotz Sanktionen weiter bezahlen konnte.

Die kurz nach der ersten Sanktionsrunde gegen Russland gewährte Regel hat Moskau Spielraum für die Zahlung von Kupons in Dollar verschafft. Der Kreml konnte bisher alle Zahlungen leisten und sich trotz anderer sanktionsbedingter Hindernisse durch das Gewirr der Sanktionen hindurch schlängeln.

Einige hochrangige US-Beamte hatten hinter vorgehaltener Hand argumentiert, dass die Sondererlaubnis die russische Staatskasse leeren und Ressourcen umleiten würde, die sonst für Waffen und militärische Operationen in der Ukraine zur Verfügung stünden. Doch letztlich hat sich die Regierung gegen eine Verlängerung entschieden, um den finanziellen Druck auf Moskau zu erhöhen, berichten mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Laut einer weiteren Person habe das Finanzministerium allerdings noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Sprecher des Weißen Hauses und des Treasury wollten zunächst nicht Stellung nehmen.

Letztendlich werden die Zahlungen an die Anleihegläubiger in den Schatten gestellt durch das Geld, das das Land jede Woche mit dem Export von Öl, Gas und anderen Rohstoffen verdient. Ein möglicher Zahlungsausfall würde also nicht an finanzieller Zahlungsunfähigkeit liegen.

Die nächsten Zahlungen Moskaus sind am 27. Mai fällig

„Das ist ein interessanter Fall“, sagte Matthew Vogel, ein in London ansässiger Portfoliomanager und Leiter des Sovereign Research bei FIM Partners. Russland würde „zu einem Schuldner, der verzweifelt Zahlungen leisten will, es aber nicht darf“.

Die nächsten Zahlungen Moskaus sind am 27. Mai fällig. Dabei geht es um einen Dollar- und einen Eurobond mit Fälligkeit in den Jahren 2026 und 2036. Der Dollarbond kann auch in Euro, Schweizer Franken oder Pfund Sterling bedient werden, die auf Euro lautende Anleihe hat eine Klausel, die auch eine Auszahlung in Rubel erlaubt.

6. Sanktionen weiterer Länder

Großbritannien

Sanktionen gegen die russischen Fluggesellschaften Aeroflot, Russia und Ural Airlines [Currenttime](#)

Das Vereinigte Königreich verhängt Sanktionen gegen die russischen Fluggesellschaften Aeroflot, Russia und Ural Airlines. Dies wurde auf der Website der Regierung bekannt gegeben. Diese Fluggesellschaften können nun ihre ungenutzten Sitze auf britischen Flughäfen nicht mehr verkaufen, wodurch Russland ein Gewinn von 50 Millionen Pfund (62,3 Millionen Dollar) entgeht, heißt es in dem Dokument.

„Solange Putin seinen barbarischen Angriff auf die Ukraine fortsetzt, werden wir die russische Wirtschaft weiter angreifen. Wir haben unseren Luftraum bereits für russische Fluggesellschaften gesperrt. Heute tun wir alles, was wir können, um zu verhindern, dass sie ihre lukrativen Landeplätze auf unseren Flughäfen einlösen. Jede Wirtschaftssanktion unterstreicht unsere klare Botschaft an Putin: Wir werden nicht aufhören, bis die Ukraine besiegt ist“, sagte die britische Außenministerin Liz Truss.

Japan

Tokio hat seine Russlandsanktionen auf Einzelpersonen aus Russland, der „Volksrepublik Donezk“ und der „Volksrepublik Lugansk“ sowie Unternehmen ausgeweitet.

Auf der Sanktionsliste stehen nun:

- Michail Mischustin, Ministerpräsident der Russischen Föderation
- Raschid Nurgalijew, stellvertretender Sekretär des Sicherheitsrates
- Alexander Dwornikow, Kommandeur des südlichen Militärbezirks
- Vladimir Bogdanow, Generaldirektor des sibirischen Gas- und Ölförderungskonzerns Surgutneftegaz

- Elena Timtschenko, Ehefrau des Oligarchen Gennadij Timtschenko
- Gleb Frank, Unternehmer und Ehemann von Xenia Frank, Tochter von Gennadij Timtschenko, gegen die ebenfalls Sanktionen verhängt wurden
- Denis Puschilin, Chef der „Volksrepublik Donezk“
- Leonid Passetschnik, Chef der „Volksrepublik Lugansk“

Insgesamt sind 141 Personen betroffen: 8 aus Russland, 133 aus der „Volksrepublik Donezk“ und der „Volksrepublik Lugansk“. Ihr Vermögen in Japan wird eingefroren.

Sanktioniert wurden zudem 71 russische Unternehmen, unter anderem

- Almas-Anteil, Rüstungskonzern

- Meteor Plant, Hersteller von Frequenzsteuerungsprodukten
- Inteltek, Telekommunikationsunternehmen assoziiert mit dem russischen Nachrichtendienst FSB
- Teile der Tactical Missiles Corporation, Unternehmensgruppe in der Rüstungsindustrie / RBC (RU), AußenMinJPN 1, 2 (JPN/EN)

Verbot von High-Tech-Exporten: Die japanische Regierung hat ab 20. Mai die Ausfuhr von Hochtechnologieprodukten und Technologien nach Russland verboten. Die entsprechende Sanktionsliste des japanischen Wirtschaftsministeriums wurde unter anderem erweitert um 3D-Drucker, Halbleiter und elektrisch leitfähige Polymere, Elektronen- und Rasterkraftmikroskope, Quantenrechner und -technologie, Metallpulver und deren Legierungen. Zudem Katalysatoren für die Öltraffination, Ausrüstung zur Herstellung von organischen Leuchtdioden und mikroelektromechanischen Systemen, Kühlgeräte, die bei extrem niedrigen Temperaturen betrieben werden, und deren Bauteile sowie Programmsteuergeräte für Werkzeugmaschinen.

Australien

Neue Listungen von Personen und Einrichtungen aus Russland&Belarus

Australien hat die Wagner-Gruppe, zwei belarussische Einrichtungen und vier Personen wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an der Aggression Russlands gegen die Ukraine und ihrer Unterstützung dieser Aggression in die Liste aufgenommen

Gelistete Unternehmen: Wagner Group; Industrial-Commercial Private Unitary Enterprise Minotor-Service; und OJSC KB Radar-Managing Company of Radar Systems Holding.

Gelistete Personen: Nikolay Vaselyevich Bogdanovsky; Aleksandr Petrovich Chupriyan; Illia Volodymyrovych Kyva; und Sergei Borisovich Korolyov.

11 Personen und 12 Einrichtungen, die an der Förderung russischer Propaganda und Desinformation beteiligt sein sollen, wurden ebenfalls in die Liste aufgenommen. Autonome Sanktionen (benannte Personen und Einrichtungen und gemeldete Personen - Russland und Ukraine) Änderung (Nr. 17) Instrument 2022.

Gelistete Personen:

Taras Romanovych Kozak; Dmitriy Konstantinovich Kiselyov; Alexey Lvovich Nikolov; Sergey Borisovich Brilev; Aleksandr Aleksandrovich Zharov; Mikhail Ilich Yakushev; Mikhail Vladimirovich Leontyev; Alexander Igorevich Kots; Evgeny Poddubny; Aleksandr Yakovlevich Shkolnik; und Dmitry Anatolyevich Steshin.

Aufgeführte Unternehmen: Internet Research Agency LLC; New Eastern Outlook; Oriental Review; Strategic Culture Foundation; SouthFront; NewsFront; OOO Inforos; United World International; Geopolitica; Odná Rodyna; Journal Kamerton; und Analiticheski Tsentr Katekhon OOO.

[Further Russia and Belarus Sanctions | Australian Minister for Foreign Affairs Minister for Women \(foreignminister.gov.au\)](#)

Färöer-Inseln

Die Färöer Inseln haben das Gesetz Nr. 90 verabschiedet, das einen Rahmen für Russland-Sanktionen festlegt. Die Regierung hat erklärt, dass die färöischen Sanktionen weitgehend denen der EU und anderer Partnerstaaten folgen werden. In Anbetracht der Bedeutung der Fischerei für die Wirtschaft der Färöer Inseln sehen die Rechtsvorschriften keine Ausfuhrverbote für Fischereierzeugnisse oder Maßnahmen vor, die Fischereiabkommen mit anderen Staaten beeinträchtigen könnten. Außerdem werden die Hafenschließungen nicht für russische Fischereifahrzeuge gelten.

[Russia's armed attack on Ukraine - The Government](#)

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Focus:

[Schurkenstaat auf ewig? Warum das Nordkorea-Szenario für Russland undenkbar ist - FOCUS Online](#), Von Stefan Meister

Westliche Sanktionen zielen darauf, Russland politisch zu isolieren und ökonomisch so zu schwächen, dass es diesen Krieg nicht mehr finanzieren kann. So richtig und wichtig das auch ist: Der Plan hat einen Haken.

Nach fast drei Monaten seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine werden zwei Dinge deutlich: Die russische Führung hat unter falschen Annahmen einen Krieg begonnen, den sie nicht gewinnen kann. Krieg und Instabilität im östlichen Europa werden Deutschland und die EU noch länger beschäftigen, auch wenn sich die Intensität der Kämpfe verändern wird. Genauso wie Wladimir Putin hat der Westen die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine unterschätzt und die militärischen Fähigkeiten Russlands überschätzt.

Jedoch sollten wir jetzt nicht der Annahme unterliegen, dass die Ukraine auf absehbare Zeit diesen Krieg gewinnen kann und die russischen Truppen aus dem Land vertreibt. Während Russland die Soldaten ausgeben, fehlt es in der Ukraine an Waffen, Munition und Treibstoff. In der Hinsicht ist es wahrscheinlich, dass Moskau zumindest eine Teilmobilisierung in den an die Ukraine angrenzenden russischen Gebieten anordnet.

Gleichzeitig hängt die Verteidigungsfähigkeit der Ukraine vom Umfang, der Qualität und der Schnelligkeit westlicher Waffenlieferungen, dem Erhalt von Transitrouten sowie dem Training ukrainischer Soldaten an modernen Waffen durch NATO-Staaten ab. Die Entscheidung westlicher Staaten unter US-Führung auf dem Treffen auf der Militärbasis Rammstein Ende April, die Ukraine an westlichen Waffen zu trainieren und mit diesen zu beliefern, weist darauf hin, dass sich auch Washington auf einen längeren Krieg einstellt.

Russlands Wirtschaft wird überleben - Putins Reich ist nicht Nordkorea oder der Iran
Dabei stellt sich die Frage, wie lange kann Moskau diesen Krieg durchhalten? Westliche Sanktionen zielen darauf, Russland politisch zu isolieren und ökonomisch so zu schwächen, dass es diesen Krieg nicht mehr finanzieren kann. Auch wenn eine konsequente und harte Reaktion auf die russische Aggression gegen die Ukraine und die europäische Sicherheitsordnung wichtig ist, wird es kurz- bis mittelfristig kaum möglich sein, Wladimir Putin zum Einlenken zu bewegen.

Laut russischer Zentralbank wird die russische Wirtschaft dieses Jahr um zehn Prozent schrumpfen und die Importe um 40 bis 50 Prozent einbrechen. Die Inflation kann bis Ende des Jahres auf 30 Prozent ansteigen, mit negativen Auswirkungen auf Einkommen und den privaten Konsum. Gleichzeitig hat die russische Zentralbank die makroökonomische Situation und den Rubel fast auf dem Vorkriegsniveau stabilisiert. Auch wenn viele westliche Firmen das Land verlassen und durch die massiven Sanktionen moderne Technologie und wichtige Bauteile für die russische Produktion fehlen, wird die russische Wirtschaft überleben. Die meisten Firmen werden weiterarbeiten und Jobverluste sich in Grenzen halten.

Russland ist nicht Nordkorea oder Iran, es ist aufgrund seiner Bedeutung für die globalen Öl-, Gas- und Rohstoffmärkte nicht möglich, das Land komplett zu isolieren und von der Weltwirtschaft abzukoppeln. Jedoch wird der Lebensstandard der Russen ständig sinken, was zu weiteren Abwanderungen aus dem Land führen wird.

Auch wenn der kollektive Westen versucht, Russland politisch zu isolieren, bleibt Moskau Mitglied des VN-Sicherheitsrates, wichtiger Akteur in den Verhandlungen um das iranische Atomabkommen, in Syrien sowie in Teilen Afrikas. Russlands militärische Dominanz in der Schwarzmeer-Region hat massive Auswirkungen auf die europäische Sicherheit, die Türkei und den Nahen Osten.

China wird Russland nicht militärisch oder finanziell unterstützen, aber Xi und Putin haben eine langfristige Kooperation zur Schwächung des US-Einflusses weltweit geschlossen. Beide werden das Interesse haben, eigene Normen gegen die US-Dominanz zu setzen und nicht wenige Staaten könnten das unterstützen. Indien, Südafrika und Brasilien haben sich wie viele andere Staaten nicht den westlichen Sanktionen angeschlossen und ziehen eher Vorteile aus günstigen Preisen für russisches Öl.

So vereinigt der Westen aktuell auf die russische Aggression reagiert, die Nato sich im Norden Europas um Finnland und Schweden erweitert, so vorsichtig reagieren andere wichtige Staaten darauf, Russland vollständig zu isolieren. Russland wird aus diesem Krieg ökonomisch, politischen und militärisch geschwächt hervorgehen, aber stark genug sein, um in seiner direkten Nachbarschaft Instabilität zu schaffen und dies gegen die EU-Staaten zu nutzen. Putin wird nicht aufgeben, die Ukraine unter Kontrolle zu bringen, auch wenn sein Land mittel- bis langfristig technologisch und durch massive Abwanderung der Wissenselite geschwächt wird.

Die Bundesregierung muss ihre reaktive Politik beenden und einen langfristigen Umgang mit Russland finden

Umso wichtiger erscheint es, aus einer reaktiven Politik herauszukommen, für die die Bundesregierung steht und langfristig den Umgang mit einem geschwächten, aber gefährlichen Russland zu entwickeln. Die Ukraine muss langfristig wirtschaftlich und energiepolitisch in die EU integriert werden sowie militärisch in der Lage versetzt werden, jeden russischen Angriff abzuwehren.

Scheitert dieses Projekt, indem kein Kandidatenstatus im Juni durch die Kommission erklärt wird, so scheitert die EU darin, ihre Nachbarschaft zu stabilisieren. Die Nato wird zum zentralen Kern der europäischen Sicherheit und der Fähigkeit, russische Aggressionen abzuschrecken. Im Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands sowie der Modernisierung der Bundeswehr mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro liegt die Chance, die europäischen Staaten stärker sicherheitspolitisch zu integrieren und Lasten für zukünftige Verteidigungsaufgaben besser zu verteilen. Gleichzeitig sollten die inzwischen drei Millionen Russen, die ihr Land seit Anfang des Jahres verlassen haben, besser integriert und mit dem progressiven Teil systematisch an einem anderen Russland nach Putin gearbeitet werden.

Tagesschau

Moskau und der Firmen-Exodus

Viele große Konzerne verlassen Russland - und bringen Moskau in Bedrängnis. Der Kreml setzt auf Übernahmen, Parallelimporte - und auf Durchhalteparolen.

"Der AvtoVAZ-Konzern wird wieder vollständig russisch. Das Vermögen der Renault-Gruppe im Land ist in das Eigentum des Staates übergegangen", verkündete die Sprecherin der Wirtschaftsnachrichten mit Verweis auf das Ministerium für Industrie und Handel. Die Stadt Moskau übernimmt die Anteile von Renault Russia. Die Mehrheitsanteile am Hersteller AvtoVAZ gehen an ein staatliches Institut. "Der Konzern wird weiterhin die gesamte Lada-Palette in seinen Werken produzieren und sich auch weiter um den Kundendienst für Renault-Fahrzeuge in Russland kümmern", heißt es in dem Bericht weiter.

Was tun, wenn die Ersatzteile fehlen?

Der Rückzug großer Konzerne, so die gängige Argumentationslinie im Land, schade nur den westlichen Partnern, die einen großen Markt und ihre Investitionen abschreiben müssten. Nicht aber Russland, betont Parlamentssprecher Wjatscheslaw Wolodin in einem Interview mit der "Komsomolskaja Prawda". "Jetzt haben wir die Chance, unsere eigene national orientierte Wirtschaft zu schaffen. Wir sind kein Paria-Land. Wir haben viele Freunde in der Welt, viele Partner."

Partner, die dringend gebraucht werden: als Investoren, die einspringen, um die Arbeitsplätze in Russland auf Dauer zu erhalten. Und: als Zwischenhändler. Denn ohne sogenannte Parallelimporte von produktionswichtigen Teilen wird es in vielen Bereichen - auch in der Automobilbranche - nicht gehen. Ende März hat die russische Regierung verfügt, dass besonders nachgefragte Produkte aus ausländischer Produktion ohne Zustimmung der Hersteller über Dritte importiert werden können. Schon jetzt stehen auf der entsprechenden Liste diverse Waren internationaler Hersteller: von Haushaltsgeräten bis hin zu Ersatzteilen für Autos.

Und es dürften schon bald weitere hinzukommen. Denn auch der Rückzug von Siemens aus dem Russland-Geschäft werde Folgen haben, meint die unabhängige Wirtschaftsexpertin Natalia Subarewitsch. Vor allem für die Zugverkehr im Hochgeschwindigkeitsbereich: "Solange es noch Material für die Züge gibt, fahren sie. Aber wenn weitere Ersatzteile gebraucht werden, was tun wir dann?"

Rückfall in sowjetische Zeiten?

Es wird versucht, mehrgleisig zu fahren. Zum einen wird die Justiz bemüht. Eine einstweilige Verfügung sieht bereits vor, dass die russische Eisenbahn die gesamte Siemens-Technik weiter nutzen kann - inklusive aller Ersatzteile, die im Land sind. Zum anderen setzt Russlands Industrie- und Handelsminister Denis Manturow auch hier auf Importe über befreundete Drittstaaten und langfristig auf Ersatz aus russischer Produktion.

"Ich hoffe, dass unsere Unternehmen, die bisher an Siemens-Produkten interessiert waren, motiviert sein werden, im Land verfügbare Ressourcen und Angebote zu nutzen, um die Lieferung ihrer Produkte auf unseren Markt nicht einschränken zu müssen", so der Minister.

Der Wirtschaftsexperte Dmitrij Potapenko fühlt sich, wie er in der Sendung "Nawalny Live" erklärte, an sowjetische Zeiten erinnert: "Das heißt, wir folgen der gleichen Logik: Wir nehmen ein Muster, bauen es auseinander und versuchen, es auf irgendeine Weise nachzubauen."

Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin will in der Tat an alte Zeiten anknüpfen, um das Renault-Werk und den Automobilmarkt wieder in Schwung zu bringen. So sollen in Moskau noch in diesem Jahr wieder Autos der Traditionsmarke Moskwitsch vom Band laufen.

dpa:

McDonald's gibt Russland-Geschäft an bestehenden Lizenzpartner ab

Die weltgrößte Schnellrestaurantkette McDonald's will ihr Geschäft in Russland an den bestehenden dortigen Lizenzpartner Alexander Govor verkaufen. Eine entsprechende Vereinbarung gab der Konzern am Donnerstag in Chicago bekannt. Govor ist demnach schon seit 2015 Lizenzpartner und betreibt bereits 25 Filialen in Sibirien. Finanzielle Details des Deals nannte der Konzern zunächst nicht. McDonald's hatte am Montag angekündigt, sich aufgrund des Angriffskrieges gegen die Ukraine aus Russland zurückzuziehen. Govor soll das Filialnetz inklusive der Mitarbeiter übernehmen, das Fast-Food-Geschäft künftig jedoch unter einer neuen Marke betreiben. Für den Rückzug aus Russland wird McDonald's nach eigenen Angaben Sonderkosten in Höhe von 1,2 bis 1,4 Milliarden Dollar verbuchen.

Die Burger-Kette hatte ihre erste Filiale in Moskau vor mehr als 30 Jahren eröffnet - noch bevor der Eiserne Vorhang endgültig fiel und die Sowjetunion kollabierte. Die Expansion war damals ein Zeichen für Wandel und Aufbruch gewesen. Doch Russlands Krieg gegen die Ukraine brachte den US-Konzern unter Druck. Bereits im März hatte McDonald's seine rund 850 Filialen im Land bis auf Weiteres geschlossen.

Renault stößt Lada ab - für einen Rubel (SZ)

16.05.2022, [Süddeutsche Zeitung](#), von Caspar Busse

Der französische Autokonzern zieht sich aus Russland zurück und verkauft seine Beteiligung am Lada-Hersteller Avtovaz an die Stadt Moskau. Doch es gibt eine Hintertür.

Vergangene Woche hatte Siemens mitgeteilt, dass man sich wegen des brutalen Überfalls Russlands auf die Ukraine nach 170 Jahren nun vollständig aus Russland zurückziehe. Kein Zweifel: Je länger der Krieg dauert, desto größer wird der Druck auf die westlichen Unternehmen.

Nun zieht auch Renault Konsequenzen. Die Franzosen gehören zu den Unternehmen, die besonders stark in Russland aktiv und auch stark von dem Land abhängig sind. Der Autobauer verkauft nun seinen Mehrheitsanteil an dem russischen Lada-Hersteller Avtovaz. Die Beteiligung von 67,7 Prozent gehe an das russische Forschungsinstitut Nami, teilte Renault mit. Nami steht für Zentralinstitut zur Entwicklung von Automobilen und Motoren. Das russische Handelsministerium hatte den Deal bereits im April angekündigt und einen symbolischen Preis von einem Rubel als Kaufpreis genannt.

„Eine schwierige, aber notwendige Entscheidung“, sagt der Konzernchef

„Der ausländische Eigentümer hat beschlossen, das Moskauer Renault-Werk zu schließen. Das ist sein Recht, aber wir können nicht zulassen, dass Tausende von Arbeitern ohne Arbeit dastehen“, schreibt der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin auf seinem Blog. "Ich habe beschlossen, das Werk als Stadteigentum zu übernehmen und die Produktion von Pkw unter der historischen Marke Moskwitsch wieder aufzunehmen."

Es ist in jedem Fall ein enormes Verlustgeschäft, was einer Quasi-Enteignung gleichkommt. Renault bestätigte deshalb, dass eine Abschreibung von fast 2,2 Milliarden Euro auf die russischen Geschäfte fällig werde, die im ersten Halbjahr 2022 gebucht würden.

"Heute haben wir eine schwierige, aber notwendige Entscheidung getroffen", sagte Renault-Generaldirektor Luca de Meo. Er habe aber Vertrauen in die Fähigkeit von Renault, "die Transformation zu beschleunigen und die mittelfristigen Ziele zu übertreffen". Avtovaz ist der größte Auto-Hersteller in Russland, die Fahrzeuge werden unter dem auch international bekannten Markennamen Lada verkauft, auch außerhalb von Russland. Legendar ist der Lada-Jeep namens Niwa. Nahe Moskau hat Avtovaz ein Werk.

Unternehmen, die in Russland aktiv sind, stehen schon länger unter deutlichem Druck. Auch andere große Autohersteller wie Volkswagen oder Mercedes-Benz haben die Geschäfte in Russland auf Eis gelegt. Der russische Staat hatte bereits mit Enteignungen gedroht, wenn Konzerne sich zurückziehen.

Renault hatte wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine bereits Ende März den Betrieb in seinem Werk in Russland eingestellt und erklärt, man prüfe Optionen für Avtovaz. Ende April hatten die Franzosen dann mitgeteilt, dass die hohe Abhängigkeit vom Russland-Geschäft zusammen mit dem Halbleitermangel große Probleme verursache. Renault meldete den höchsten Absatzrückgang seit mehr als zehn Jahren: Im ersten Quartal gingen die Verkäufe um 17 Prozent auf nur noch 552 000 Fahrzeuge zurück. Russland war einer der wichtigsten Märkte für Renault. Den Einstieg hatten 2007 der damalige Renault-Chef Carlos Ghosn und Wladimir Putin vereinbart. Avtovaz hat rund 45 000 Mitarbeiter in Russland. Die übrigen Anteile an Avtovaz hält das russische Staatsunternehmen Rostec.

Trotzdem hat sich Renault eine Hintertür für eine mögliche spätere Rückkehr nach Russland offen. Es gebe eine Rückkaufoption für den Anteil über sechs Jahre, teilte das Unternehmen mit. Der Schritt erhalte dem Konzern die Möglichkeit, nach Russland zurückzukehren, erklärte auch de Meo. "Der Abschluss dieser Transaktionen unterliegt keinerlei Bedingungen und alle erforderlichen Genehmigungen wurden eingeholt", erklärte Renault weiter.

Wir hängen auch an Russlands Atomtropf (n-tv)

[n-tv](#)

Die Debatte um ein Öl- und Gasembargo gegen Russland läuft in der EU auf Hochtouren. "So schnell wie möglich" wolle man sich von russischen Rohstoffen lösen, heißt es. Die Abhängigkeit von Russlands Uran wird dabei allerdings vergessen - oder gezielt übersehen. Dabei ist sie größer als gedacht.

Der Westen hängt am Tropf russischer Rohstoffe. 300 Milliarden Euro will die EU nun investieren, um sich von fossilen Brennstoffen aus Russland zu lösen, wie Kommissionschefin Ursula von der Leyen jüngst verkündete. Die Abkopplung von Moskau solle "so schnell wie möglich" passieren. In vielen Mitgliedstaaten läuft die Suche nach Ersatzlieferanten für russisches Öl und Gas bereits auf Hochtouren. Angesichts des Angriffskrieges gegen die Ukraine gilt es, Russland noch weiter von der Weltwirtschaft abzukoppeln. Bei all den Diskussionen und Anstrengungen um ein Embargo auf russische Rohstoffe gibt es jedoch einen blinden Fleck. Ein Energiebrennstoff wird stets vergessen - oder gezielt außen vor gelassen: Uran.

Das könnte einen guten Grund haben. "Die EU ist bei Kernenergie noch abhängiger von Russland als bei Erdgas", sagt Volker Quaschnig von der Hochschule für Technik und Wirtschaft im Gespräch mit ntv.de. Das bestätigen die Zahlen: Rund 40 Prozent ihres angereicherten Urans, das für den Betrieb von Atomkraftwerken benötigt wird, bezieht Europa nach Angaben der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) insgesamt aus Russland und dem kremltreuen Kasachstan.

Doch es sind nicht nur die Rohstoffe. Wo Russland der Technologie des Westens in den meisten Bereichen hinterherhinkt, sieht dies im Nuklearsektor ganz anders aus. So hat Moskau in den vergangenen Jahren Milliarden in die Aufbereitungstechnik gepumpt. Mit Erfolg: Russlands Uranaufbereitungsanlagen zählen zu den besten der Welt. Nach Angaben der World Nuclear Association sind viele mittel- und osteuropäische Länder nicht nur von russischem Uran, sondern auch von russischer Nukleartechnologie abhängig. So gibt es in 18 EU-Ländern russische Kernreaktoren: Zwei in Bulgarien, sechs in der Tschechischen Republik, zwei in Finnland, vier in Ungarn und vier in der Slowakei.

Rosatoms globale Übermacht

Euratom äußerte sich bereits besorgt und hält die EU in diesem Bereich für "signifikant verletzbar". Denn diese Druckwasserreaktoren müssen regelmäßig gewechselt werden - sie laufen jedoch nur mit den sechseckigen Brennstäben russischer Bauart. Da westliche Hersteller noch kaum Erfahrung mit diesen Brennelementen haben, können die AKW-Betreiber ihre Abhängigkeit zu Russland kaum reduzieren, ohne ihren Betrieb zu gefährden. Die älteren Versionen können ohnehin ausschließlich von Rosatom beliefert werden.

Die Verflechtungen vieler europäischer Länder mit dem russischen Staatskonzern seien daher enorm, sagt Quaschnig. 2007 von Wladimir Putin gegründet, untersteht Rosatom direkt dem Kreml und hat mittlerweile eine Spitzenposition im globalen Uran- und Nukleargeschäft inne: Mehr als 350 Unternehmen gehören heute zu dem russischen Staatskonzern - unter anderem die deutsche Kerntechnik-Firma Nukem Technologies. Durch seine Beteiligung an Uranminen in Kanada, den USA und Kasachstan ist Rosatom direkt hinter Kasachstan der zweitgrößte Uranproduzent der Welt. Mehr als 30 Prozent der weltweiten Exporte an angereichertem Uran stammen aus Russland. Der weltweit zweitgrößte Lieferant des Brennstoffs, die Niederlande, kommt nicht einmal auf die Hälfte von Russlands Ausfuhren, wie aus Daten des Think Tanks Bruegel hervorgeht.

Dass Russlands Urananreicherungs-Geschäft prächtig läuft, zeigen auch Satellitenaufnahmen des Luft- und Raumfahrtunternehmens LiveEO, die die "Wirtschaftswoche" ausgewertet hat. Demnach wurde die Anlage in Nowouralsk, einer von vier Anlagerungskomplexen in Russland, in den vergangenen zwölf Jahren verdoppelt. "Russland hat in den vergangenen Jahren auf dem Nuklearsektor gezielt eine strategische Position aufgebaut", bilanziert Anke Herold vom deutschen Öko-Institut im Deutschlandfunk.

"Könnte die Stromversorgung ganzer Länder torpedieren"

Die Strategie des Kremls, den Westen zu günstigen Preisen mit Uran und Nukleartechnologie zu versorgen, ging auf: Die EU ist auf die Geschäfte mit Rosatom angewiesen. Wie sehr, zeigt die Tatsache, dass die Geschäfte mit dem Kerntechnik-Unternehmen aus Moskau trotz des Angriffskrieges gegen die Ukraine weiterlaufen. Der zivile Nuklearsektor ist explizit von den EU-Sanktionen ausgenommen. Mit rund acht Milliarden Euro, die die EU von 2010 bis 2019 für russische Kerntechnologie ausgegeben hat, fallen die Beträge des europäischen Atomgeschäfts für Russland zwar wesentlich kleiner aus als die des Öl- und Gasgeschäfts. Doch auch sie füllen Putins Kriegskassen und führen zu einer weiteren Abhängigkeit des Westens. "Allerdings wird das bisher totgeschwiegen", mahnt Quaschnig. Der Krieg spielt dem russischen Präsidenten sogar in die Karten - schon jetzt ist der Preis für Uran auf dem Weltmarkt um 30 Prozent gestiegen und hat den höchsten Stand seit elf Jahren erreicht. Die Sorge, Putin könnte ihnen den Uran-Hahn zudrehen, versetzt viele AKW-Betreiber in Alarmbereitschaft. Ein Trumpf für Putin, der verheerende Folgen für den Westen haben könnte.

Denn dieser hat es versäumt, sich bei Uranlieferungen um ausreichend Diversifizierung und Absicherung im Fall von Versorgungsschocks zu bemühen, wie aus der Europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit hervorgeht. Wenn die Uranlieferung aus Russland jetzt gestoppt würde, brauchen die Betreiber Ersatz, erklärt Quaschnig. Allerdings "kann ich Brennelemente nicht auf Ebay bestellen". Die Lieferanten seien begrenzt und die Lieferzeiten sehr lang. Ein solches Szenario könnte den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ernsthaft gefährden, so der Experte. "Das kann die Stromversorgung ganzer Länder torpedieren."

Sollte die Stromversorgung in Ländern wie der Slowakei oder Ungarn, die ihren Strom zu 57 und 48 Prozent aus Kernenergie beziehen und von russischen Lieferungen abhängig sind, tatsächlich ausfallen, wäre dieser auch nicht so leicht zu ersetzen. "Strom lässt sich noch

schlechter transportieren als Gas und Öl", sagt Quaschnig. Je nachdem, wie stark die Leitungen ins Nachbarland seien, könne die Staatengemeinschaft einen Teil auffangen. "Ansonsten bricht die Stromversorgung aber einfach zusammen."

Lieferungen aus Russland - trotz Flugverbot

Dass die Stromversorgung für einige EU-Mitgliedstaaten ohne russische Lieferungen tatsächlich prekär werden könnte, zeigt folgendes Beispiel: Um die Atomkraftwerke in der Slowakei und in Ungarn mit Brennelementen zu versorgen, durften dort im März und April russische Transportmaschinen landen - trotz des EU-Flugverbots für russische Maschinen. Sie erhielten eine Sondergenehmigung. Ungarn machte zudem deutlich, dass es keineswegs auf die Kooperation mit Russland verzichten wolle.

Deutschland ist wegen seines Atomausstiegs zwar weitaus unabhängiger von russischen Uranlieferungen. An Deutschlands Atomenergie verdient Russland aber trotzdem. Durch die Übernahme von Nukem Technologies erhält Rosatom nicht nur für die Lagerung radioaktiver Abfälle Geld, sondern sogar für den Rückbau der Atomkraftwerke in Neckarwestheim und Philippsburg. Mittelbar könnte Deutschland zudem von einem Lieferstopp für russisches Uran betroffen sein, wenn dadurch "in zwei, drei anderen europäischen Ländern die Stromversorgung ausfällt", sagt Quaschnig. "Denn wir haben einen europäischen Strommarkt. Die Strompreise könnten in ungeahnte Größen steigen."

Um eine ähnliche Situation in den USA zu vermeiden, haben amerikanische Atomstrom-Erzeuger die Regierung darum gebeten, die Uranlieferungen aus Russland trotz des Ukraine-Krieges weiterhin zu erlauben. "Die (US-Atomkraft-)Industrie ist einfach süchtig nach billigem russischem Uran", zitierte Reuters eine Quelle aus der Industrie, die nicht genannt werden möchte. Bis heute haben selbst die USA keine Sanktionen gegen Rosatom verhängt.

Dabei wäre der riesige Staatskonzern eine geeignete Zielscheibe für Sanktionen - schon wegen seiner globalen Übermacht. "Wir müssen anfangen, auch über die Uranlieferungen aus Russland zu sprechen", betont Quaschnig. Im besten Falle stiegen auch andere Länder aus der Atomkraft aus. Zumindest aber müssen sie ihre Uranlieferanten diversifizieren. Es sei zum Beispiel auch möglich, Uran aus den USA oder anderen europäischen Staaten zu beziehen. Das sei anstrengend und dauere lange, prophezeit der Experte. "In dieser Situation gibt es aber keine andere Möglichkeit."

„Eine gewaltige Krise steht bevor“. Was geschieht mit den Banken in Belarus?

[Deutsche Welle](#)

Aufgrund der westlichen Sanktionen und des Krieges in der Ukraine haben die Belarussen begonnen, ihre Einlagen von den Banken abzuziehen, und für die Unternehmen ist es schwierig geworden, ihre Kredite zu bedienen. Diese Situation könnte nach Ansicht von Experten zu einer Bankenkrise in Belarus führen.

Der belarussische Bankensektor wurde nach August 2020, als in Belarus Massenproteste ausbrachen und sich zu einer politischen Krise ausweiteten, mit westlichen Sanktionen

belegt. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, den Belarus unterstützt hatte, wurden die Sanktionen verschärft: Einige belarussische Banken wurden von SWIFT abgeschnitten, es kam zu Problemen bei Devisentransfers, und in Panik geratene Belarussen begannen, ihre Einlagen und Devisen von ihren Konten abzuheben. Wie läuft es derzeit im belarussischen Bankensektor?

Der Krieg und die Sanktionen wirken sich auf fast alle Banken in Belarus aus.

Die ersten Sanktionen gegen belarussische Banken wurden 2021 verhängt, als die europäischen Sektorsanktionen die Belarusbank, die Belinvestbank und die Belagroprombank betrafen. Später geriet die Absolutbank unter US-Restriktionen, und kurz vor dem Krieg betrafen die Sanktionen der EU und der USA die Dabrabyt Bank und die Development Bank (arbeitet nicht mit Privatpersonen). Mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine wurde der Sanktionsdruck weiter erhöht. Fünf belarussische Banken, die mit russischem Kapital verbunden sind, sind in Schwierigkeiten geraten, und drei weitere Banken - Belagroprombank, Dabrabyt und Bank Razvitiya - wurden von SWIFT abgekoppelt. Laut Lev Lvovsky, einem Wirtschaftswissenschaftler am BEROZ-Zentrum für Wirtschaftsforschung, geht es nicht nur um Sanktionen: "Die Alfa-Bank in Weißrussland beispielsweise war nicht von den Sanktionen betroffen, aber trotzdem werden manchmal Dollar-Zahlungen nicht ausgeführt oder Mastercard funktioniert nicht. Obwohl sie nicht direkt mit der russischen Alfa-Bank verbunden ist, wollen sich einige europäische Banken nicht mit ihr befassen und sie wird ebenfalls übernommen. Es stellt sich heraus, dass einige direkt und einige indirekt betroffen sind, aber fast alle haben Probleme".

Der Vertreter der Oppositionsführerin Swetlana Tihanowskaja in Wirtschaftsfragen, Ales Alekhnovitsch, sagt dasselbe: "Die Sanktionen wirken wirklich, das beweisen zahlreiche Schwierigkeiten bei internationalen Überweisungen und Ausfälle von Karten, auch wenn sich ausländische Geschäftspartner in einigen Fällen einfach weigern, mit belarussischen Banken zusammenzuarbeiten, um nicht von den Strafen der Vereinigten Staaten oder der Europäischen Union betroffen zu sein.

Ein weiteres Problem sieht Lvovsky in den Sanktionen gegen staatliche Unternehmen, an die die Banken Kredite vergeben haben. "Jetzt ist es nicht sicher, dass sie den Banken ihr Geld zurückzahlen, die Qualität der Kredite verschlechtert sich. Und selbst wenn ein gewöhnliches, nicht zugelassenes Unternehmen früher einen Kredit bekam und ihn in aller Ruhe zurückzahlte, wird jetzt die Vergabe eines Kredits zu einem Risiko - niemand weiß, wie sich die aktuelle Situation auf das eine oder andere Unternehmen auswirken wird", so der Wirtschaftswissenschaftler.

Belarussen ziehen ihre Ersparnisse ab und Banken führen restriktive Maßnahmen ein

In der Zwischenzeit tun die Einwohner von Belarus alles, um ihre Ersparnisse zu retten. Bereits im August 2020, nach dem Beginn der Massenproteste, zogen die Belarussen aktiv Einlagen von den Banken ab, und jetzt - auf der Welle des Krieges in der Ukraine - hält dieser Trend an.

"Es gibt immer weniger Fremdwährungseinlagen im Bankensektor. Waren es zu Beginn dieses Jahres noch 11 Mrd. Dollar, so sind sie jetzt um anderthalb Milliarden oder 13 % zurückgegangen. Das sind recht beachtliche Zahlen, und sowohl juristische als auch natürliche Personen nehmen Einlagen entgegen", bemerkt Ales Alekhnovich. Ihm zufolge bedeutet dies, dass der Bankensektor abgesehen von den oben genannten Gründen auch von den Belarussen selbst betroffen ist, die ihre Ersparnisse abziehen: "Je weniger Fremdwährungsliquidität die Banken haben, desto weniger können sie Hypothekenkredite vergeben oder für den realwirtschaftlichen Sektor die Ratenkäufe nutzen.

In einer solchen Situation wird von den Banken erwartet, dass sie Gegenmaßnahmen ergreifen. Fast sofort verhängten die meisten Banken Beschränkungen für Barabhebungen, und es gab Berichte über Probleme beim Kauf von Fremdwährungen. Um beispielsweise im April bei der Alfa Bank Bargeld zu erhalten, musste ein Antrag gestellt werden, dessen Bearbeitung 10 Tage dauerte, und das Abhebungslimit lag bei 10 000 Dollar oder 3 000 Euro pro Monat. Darüber hinaus schränkten die Banken die Höhe der Bargeldabhebungen mit Karten ein, führten zusätzliche Gebühren für Abhebungen mit ausländischen Karten ein und senkten die Zinssätze für Einlagen.

Ende März haben einige Banken (BTA Bank, Bank BelVEB, Paritetbank) die Kreditvergabe an die Bevölkerung vollständig eingestellt, andere haben sie auf ein Minimum reduziert. Jetzt haben einige Banken die Kreditvergabe wieder aufgenommen, aber der Zinssatz ist sehr hoch - ein Baukredit bei der Belarusbank kostet 23% pro Jahr, ein Verbraucherkredit bei der Belagroprombank 24%.

Anstatt zu helfen, setzt die Regierung die Banken unter Druck

Auf die Frage von DW, welche Maßnahmen die Regierung in dieser Situation ergreift, spricht Lev Lvovsky über den negativen Druck des Staates. Derzeit sind also fünf belarussische Banken "enthauptet", d.h. ihre Köpfe wurden von der Nationalbank nicht zertifiziert. "Leute, die die Bank 10 Jahre lang professionell geleitet haben, sind plötzlich unqualifiziert. Wir wissen nicht genau, worum es dabei geht, aber ich vermute, dass es sich um eine Einschüchterung der Geschäftsbanken handelt, um sie in Schach zu halten.

Der Wirtschaftswissenschaftler fügt hinzu, dass der negative Einfluss des Staates auch darin zum Ausdruck kommt, dass staatliche Unternehmen, wenn sie ihre Kredite nicht zurückzahlen können, zusammen mit staatlichen Stellen Druck auf die Banken ausüben, damit diese ihre Schulden abschreiben oder stattdessen Aktien von Ramschqualität für ihre Vermögenswerte akzeptieren. "Ein weiterer Punkt: Im Jahr 2020 verbot die Nationalbank den Banken, die Einlagenzinsen zu erhöhen, und jetzt wurde diese Maßnahme aufgehoben, und wir sehen, wie sehr es den Banken an Liquidität mangelt - Einlagen in Dollar werden mit 7 Prozent oder mehr angezogen. Solche Preise gibt es sonst nirgendwo auf der Welt", sagt Lvovskyy.

Ales Alekhnovich ist der Ansicht, dass die Behörden jetzt nur noch über einen begrenzten Handlungsspielraum verfügen. "Schon vor den Wahlen 2020 haben die Behörden ein "Sicherheitspolster" gebildet, mit dem sie die Wirtschaft nach August 2020 stabilisieren konnten. Jetzt sind diese Kissen weg. Das Volumen der Einlagen ist kleiner, es gibt nicht genügend Fremdwährungsliquidität, es gibt Probleme und keine Möglichkeit, sie zu lösen.

Vorschläge wie die Begrenzung von Fremdwährungshypotheken verschieben das Problem nur, lösen es aber nicht", so Tikhanovska.

Ökonomen sprechen über das Risiko einer Bankenkrise

In naher Zukunft können wir höhere Risiken im Bankensektor vorhersagen, die zum Einfrieren von Fremdwährungseinlagen und zu zusätzlichen Beschränkungen im Bankensektor für Weißrussen führen können, um Währungsswaps zu vermeiden", sagte Alekhnovich. Ich kann Ihnen nicht genau sagen, wann die Krise ausbrechen wird, aber das Risiko einer Verschärfung der Situation nimmt zu.

Lev Levovsky wies auch darauf hin, dass eine der stärksten Finanzkrisen in der Geschichte Weißrusslands bevorsteht: "Zunächst könnte es zu einem weiteren Abfluss von Einlagen kommen; vielleicht hat er bereits begonnen. Zweitens verschlechtert sich die Qualität der Bankaktiva - die Gehälter der Menschen sinken, so dass sie nicht in der Lage sein werden, Kredite zu tilgen; auch Unternehmen werden in Konkurs gehen oder Gewinne verlieren. Dies wird sich auf die Liquidität der Banken und damit auf die Belarussen auswirken - es besteht die Gefahr, dass sie den Zugang zu ihren Einlagen, d. h. zu ihren Ersparnissen, verlieren.

Westliche Sanktionen verursachen in Belarus Ausfälle in Milliardenhöhe [Deutschlandfunk](#)

Die westlichen Sanktionen gegen Belarus verursachen dort nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Belta Ausfälle in Milliardenhöhe.

Aufgrund der Sanktionen seien fast alle Exporte aus Belarus in die Länder der Europäischen Union und nach Nordamerika blockiert, zitiert die Nachrichtenagentur Regierungschef Golowtschenko. Der Schaden belaufe sich auf etwa 16 bis 18 Milliarden Dollar pro Jahr. Seit der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Lukaschenko 2020 hat die EU zahlreiche Wirtschaftssanktionen gegen Belarus verhängt. Zudem ist der europäische Luftraum für belarusische Flugzeuge gesperrt. – Belarus unterstützt zudem Russlands Krieg gegen die Ukraine. Von Belarus aus sind russische Truppen am 24. Februar in die Ukraine einmarschiert.

Dpa:

Starker Rubel trotz Sanktionen - Wie Putin die Währung manipuliert

Selbst viele Russen trauen ihren Augen an den Wechselstuben in Moskau nicht: Der Rubel wird immer stärker. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die westlichen Sanktionen, der massenhafte Weggang von Firmen - das alles schwächt die Wirtschaft des Riesenreichs. Das sollte sich eigentlich auch auf den Rubelkurs auswirken. Aber weit gefehlt: Bekam man Anfang März kurz nach Kriegsbeginn 145 Rubel oder mehr für einen Euro, gibt es

aktuell nur noch 65. Dass Russland den Wert seiner Währung manipuliert, ist seit langem bekannt. Der aktuelle Auftrieb wirft trotzdem viele Fragen auf.

"Der starke Rubel ist kein Zeichen von Stärke", hält der Chefvolkswirt Moritz Kramer bei der Landesbank Baden-Württemberg LBBW fest. Zwar sei die russische Währung zu Beginn des Krieges ins Bodenlose gestürzt. "Der Zusammenbruch der russischen Wirtschaft und ein unmittelbar bevorstehender Zahlungsausfall schienen vorgezeichnet."

Doch der Rubel ist so stark wie seit langem nicht mehr. Sein Kurs gegenüber dem Euro und dem US-Dollar hat nicht nur das Vorkriegsniveau erreicht, sondern ist so hoch wie zuletzt 2017. Für die Menschen im flächenmäßig größten Land der Erde gibt es dennoch keine Vorteile. Nach dem Rubel-Crash im März wurden vor allem die Preise für Importwaren wie Käse oder Alkohol aus dem Westen dem hohen Wechselkurs angepasst. Eilig klebten Beschäftigte neue Preisschilder. Aus einer Flasche Champagner für 2900 Rubel wurde eine für 4900 Rubel. Rückangepasst an den starken Rubel wurden die Preise aber nicht. Die Folge: Der Champagner, der vor dem Krieg umgerechnet 34 Euro kostete, liegt jetzt bei über 75 Euro.

Aber nicht nur Luxusprodukte haben sich verteuert. Viele Russen klagen über Preisexplosionen bei Lebensmitteln. Seit Jahresbeginn sind einige Waren um 50 bis 70 Prozent teurer geworden - Kohl etwa um 60 Prozent, Möhren um 61 Prozent und Zucker um 50 Prozent, wie die nationale Statistikbehörde Rosstat errechnet hat. Die Boulevard-Zeitung „Moskowski Komsomolez“ etwa forderte, es müsse Geld fließen aus dem Staatshaushalt - 10 000 Rubel pro Jahr und Bedürftigen, damit sich die Menschen Lebensmittel aus heimischer Produktion kaufen könnten. Solche Hilfen gebe es "sogar in Amerika".

Ein starker Rubel nützt also vielen Verbrauchern nichts, weil alles teurer ist. Er hilft aber vor allem der russischen Führung, die Inflation in Grenzen zu halten, damit Waren nicht noch teurer werden. "Wenn der Rubel nicht so stark wäre, läge die Inflation nicht bei 20 Prozent, sondern bei 30 bis 40 Prozent", sagt der russische Ökonom Sergej Suwerow der Internetzeitung Meduza. Zugleich macht er deutlich, dass der aktuelle Kurs "kein marktwirtschaftlicher" sei.

Der Rubel werde "künstlich" gestärkt durch eine ganze Reihe von Maßnahmen, darunter auch Beschränkungen des Devisenverkehrs durch die Zentralbank. Geholfen habe nicht zuletzt die massive Anhebung der Zinsen, weshalb viele Bürger Ersparnisse in Rubel und nicht in Devisen anlegten. Der Leitzins liegt aktuell bei 14 Prozent. Noch Ende Februar hatte die Zentralbank den Zins drastisch um 10,5 Punkte auf 20 Prozent angehoben. Viele Banken bieten seither fette Jahreszinsen oft mit um die zehn Prozent für Rubelanlagen, für Euro- oder Dollaranlagen gibt es dagegen fast nichts.

Als Hauptgrund für die Stärke gilt allerdings ein Rekordüberschuss bei der Handelsbilanz. Russland nimmt durch den Export etwa von Öl und Gas Milliarden an Devisen ein, die gar nicht ausgegeben werden können. Weil der Import vieler westlicher Waren weggebrochen ist, sitzt das Land auf seinen Euro- und Dollareinnahmen. Auch deshalb verfügte der russische Präsident Wladimir Putin zum 1. April die Umstellung der Gaszahlungen für die Europäer auf Rubel. Russland könne sich für die Devisen nichts kaufen, meinte der Kremlchef.

Experten haben ausgerechnet, dass Russland auch wegen der hohen Energiepreise zum Jahresende einen Überschuss von 250 Milliarden Dollar haben könnte. Gebraucht werden aber Rubel für den Haushalt, wie der Investitionsstratege Suwerow sagt. Durch die Geldpolitik habe sich die russische Währung inzwischen vollkommen losgelöst von der Wirtschaft. "Wenn die Wirtschaft im freien Fall ist und der Rubel-Kurs stärker wird, dann ist das nicht richtig", sagt er. Russlands Bruttoinlandsprodukt wird nach Einschätzung der Zentralbank in diesem Jahr um 8 bis 10 Prozent sinken. Zuvor war sie von einem Wirtschaftswachstum von 2 bis 3 Prozent ausgegangen.

Es sei schwer zu sagen, welcher Kurs im Moment der "gerechte" sei, meint Suwerow. Es gebe viele Einflussfaktoren. Auch das Einfrieren der russischen Devisenreserven im Westen sollte aus seiner Sicht zu einer massiven Schwächung der Währung führen. Zwar lässt die Zentralbank nun wieder höhere Devisenausfuhren zu - statt 10 000 Dollar nun das Fünffache. Aber die Zügel der Währungshüter bleiben straff.

Sollten allerdings weitere russische Banken mit Sanktionen belegt werden, könnte das den Export zerstören und der Währung massiv schaden, sagt Suwerow. Auch Chefvolkswirt Kramer von der LBBW in Stuttgart sieht das: "Solange Russland exportiert, bleibt der Rubel stark." Nur ein komplettes Embargo könne den Rubel "in die Knie zwingen", meint er. Die Käufer aber hielten sich nicht zurück. "Öltanker nehmen seit Mitte April Rekordmengen an Rohöl an russischen Häfen auf. Die meisten unter griechischer Flagge!"

NZZ:

[Wirtschaftskrieg gegen Russland: Was sollen Unternehmen machen? \(nzz.ch\)](#)

Geschäfte in Russland: Für Unternehmen gibt es keine Pflicht, den Wirtschaftskrieg über die Sanktionen hinaus zu forcieren

In Kriegen gilt der Primat der Politik. Für Unternehmen gibt es keine Pflicht, sich selbst auch noch Eigensanktionen aufzuerlegen. Der Entscheid «Bleiben, abwarten oder gehen?» ist für die Firmen jedoch komplex, wichtig sind dabei vor allem drei Faktoren.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine ist auch für die Welt der Wirtschaft eine Zäsur. Diese Woche hat mit Siemens ein weiteres deutsches Unternehmen bekanntgegeben, sich aus Russland zu verabschieden. Nach rund 170 Jahren will der Konzern alle industriellen Aktivitäten beenden, inklusive Service- und Wartungsgeschäft. Nur die Medizintechnik-Tochter Siemens Healthineers betreibt die Geschäfte weiter. Vor zwei Monaten hatte Siemens bereits das Neugeschäft eingestellt, nun zwingen die Sanktionen den Konzern dazu, sich komplett zurückzuziehen, weil etwa auch Bremsen und Schmierstoffe für Züge unter die Strafmassnahmen gegen Russland fallen.

Manager unterstützen Sanktionen

Die Entscheidung wirft einmal mehr die Frage auf, wie sich Firmen angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine verhalten sollen. Zuallererst gilt der Primat der Politik, die

erlassenen Sanktionen sind kompromisslos umzusetzen. Sie werden ohnehin von einer überwältigenden Mehrheit von Managern und Eigentümern unterstützt. Von den Sanktionen ausgenommen sind für die russische Bevölkerung existenziell wichtige Branchen, etwa die Versorgung mit pharmazeutischen Produkten und Grundnahrungsmitteln.

Doch sollten sich Unternehmen darüber hinaus Eigensanktionen auferlegen, um noch stärker als von der Politik vorgegeben in den Wirtschaftskrieg gegen Russland einzusteigen – und beispielsweise keine Schokolade mehr in das Riesenreich liefern? Schliesslich wird von Unternehmen heutzutage mehr verlangt als reine Gewinnmaximierung; oft wollen sie sogar selbst ein guter «Unternehmensbürger» sein, ein guter sogenannter Corporate Citizen.

Mehrere entscheidende Faktoren

Doch kann und soll man in Russland ein guter Corporate Citizen sein? Die Unternehmen reklamieren durchaus zu Recht vor allem im Hinblick auf ihre Mitarbeiter sowie auf Kunden und Partner eine gewisse Fürsorgepflicht. Vor Ort zu bleiben, heisst auch, im Gespräch und in Kontakt zu bleiben. Das ist ein Wert an sich. Zudem drohen Firmen Vergeltungsaktionen der russischen Regierung, etwa Enteignungen oder sogar Strafen für dort tätige Manager und Mitarbeiter.

Die Entscheidung «Gehen, abwarten oder bleiben?» ist für Unternehmen meistens ein fortlaufender Prozess. Mehrere Faktoren sind dabei entscheidend. Erstens die Dauer, Härte und das Ergebnis des Krieges sowie die weitere Entwicklung in Russland. Zweitens die Bedeutung und Grösse der eigenen Aktivitäten vor Ort. Hat ein Unternehmen 10 000 Mitarbeiter in Russland und macht dort 25 Prozent seines Umsatzes, oder hat es nur wenige hundert Angestellte und erwirtschaftet kaum 1 Prozent des Umsatzes? Hat es Fabriken in Russland und liefert von dort vielleicht noch Teile in Werke in anderen Ländern, oder unterhält es nur eine Service- oder Vertriebsgesellschaft?

Hass-Mails, Shitstorm und Boykottaufrufe

Drittens spielen – jenseits von Hass-Mails, Shitstorms und Boykottaufrufen – die Ansichten von Aktionären und anderen Eigentümern, der Druck der veröffentlichten Meinung sowie die Ergebnisse repräsentativer Meinungsumfragen eine bedeutende Rolle. Darüber hinaus muss die Entscheidung mit den definierten eigenen Werten vereinbar sein. Die Unternehmen sollten zudem überall auf der Welt die gleichen Standards für den Umgang mit Mitarbeitern, Kunden und Partnern anwenden. Auch so kann man Zeichen setzen.

Die Frage nach dem Umgang mit den russischen Geschäftsaktivitäten ist so vielschichtig, dass sie kaum pauschal zu beantworten ist und auch nicht pauschal beantwortet werden sollte. Innerhalb der beschriebenen Leitplanken muss jedes Unternehmen seinen eigenen Weg dafür finden, diesen immer wieder überprüfen und ihn dann gehen.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Handelsblatt:

[Wirtschaft: Ukraine bekommt weiteren KfW-Kredit über 150 Millionen Euro \(handelsblatt.com\)](https://www.handelsblatt.com/wirtschaft/ukraine-erhaelt-weiteren-kredit-ueber-150-millionen-euro/11711122.html)

Die Ukraine erhält einen weiteren Kredit der staatlichen Förderbank KfW über 150 Millionen Euro. Das Geld solle zur Unterstützung der Bürger und den Wiederaufbau der Infrastruktur eingesetzt werden, sagte der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal nach einer Regierungssitzung am Dienstag. Zuvor hatte die Ukraine von der KfW Anfang April ebenfalls 150 Millionen Euro als letzte Tranche eines Kredits der Bundesregierung von insgesamt 500 Millionen Euro aus dem Jahr 2015 bekommen. Der neue Kredit habe eine Laufzeit von 15 Jahren, und die Rückzahlungen müssten erst nach 5 Jahren beginnen, sagte Schmyhal. Insgesamt habe die Ukraine seit der russischen Invasion am 24. Februar finanzielle Unterstützung von mehr als fünf Milliarden Dollar (aktuell rund 4,8 Mrd Euro) erhalten.

GTAI:

[Ökonomen entwerfen Aufbauplan für die Ukraine | Special | Ukraine | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](https://www.gtai.de/aktuelle-entwicklung/2022/04/2022-04-08-oekonomen-entwerfen-aufbauplan-fuer-die-ukraine-special-ukraine-krieg-in-der-ukraine/)

Renommierte Volkswirte fordern eine EU-Agentur für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg. Die Arbeit soll möglichst bald beginnen. Von Lukas Latz

Das Centre for Economic Policy Research (CEPR), ein nichtstaatliches Institut für wirtschaftspolitische Forschung mit Sitz in London, hat eine Reihe von Handlungsempfehlungen für den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Ende des Krieges veröffentlicht. An dem im April erschienenen Policy Paper „A Blueprint for the Reconstruction of Ukraine“ beteiligten sich neun international renommierte Ökonom:innen, darunter Sergej Guriev, ehemaliger Chefvolkswirt der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), Kenneth Rogoff, einst Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF), und Beatrice Weder di Mauro, ehemaliges Mitglied im Sachverständigenrat zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Die Ökonom:innen bescheinigen der Ukraine gutes wirtschaftliches Grundpotenzial für einen erfolgreichen Wiederaufbau. Voraussetzung dafür sei, dass die Ukraine den Krieg ohne größere Kontrollverluste über das eigene Territorium beenden kann. Das Potenzial sieht das Expertenteam begründet in dem hohen Bildungsniveau der ukrainischen Arbeitskräfte und in dem zuletzt starken Nationalbewusstsein der Bevölkerung, das ein Abgleiten des Landes in tribalistische Konflikte unwahrscheinlich mache.

Die Autor:innen empfehlen, dass die Europäische Union (EU) viel Verantwortung für den Wiederaufbau der Ukraine übernimmt. Denn bei den internationalen Entwicklungsbanken wie der EBRD oder dem IWF zählt Russland zu den Anteilseignern. Dies könnte eine effektive Unterstützung für die Ukraine erschweren.

Marshallplan als Vorbild

Als Vorbild sehen die Autor:innen der Studie den Marshallplan für den Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach Vorbild der Economic Cooperation Administration, einer US-Behörde, die ab 1948 die Verteilung von Hilfskrediten und Entwicklungshilfe im zerstörten Europa übernahm, solle die EU eine eigene Agentur gründen, die für den Wiederaufbau verantwortlich ist. Dieser Agentur sollte "signifikante Autonomie" gewährt werden. Denn wenn sie nicht allen Regulierungen europäischer Behörden unterworfen werde, könne Hilfe schneller verteilt werden.

Die Arbeit an der Schaffung der Agentur solle möglichst rasch beginnen. Schon jetzt könne die Ukraine Unterstützung bei der Verlegung von Industrieproduktion in den Westen des Landes gebrauchen. Die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen großer Unternehmen könnten kurzfristig ins Ausland verlagert werden.

Zu den dringendsten Herausforderungen nach Kriegsende zählen die Volkswirt:innen die Wiederherstellung von Wohnraum in stark zerstörten Städten wie Charkiw, Mariupol oder Kramatorsk. Sie berufen sich hierbei auf die Erfahrungswerte im Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Schaffung von ausreichend Wohnraum habe nach 1945 in vielen Ländern länger als zehn Jahre gedauert. Der Wiederaufbau biete allerdings auch die Chance, stadtplanerische Fehler aus Sowjetzeiten nicht zu wiederholen und für eine höhere Lebensqualität in den Städten zu sorgen.

Bessere Anbindung an Europa

Abgesehen vom Wiederaufbau muss die Infrastruktur der Ukraine für einen engeren wirtschaftlichen Austausch mit Europa angepasst werden. Die Ökonom:innen fordern einen Ausbau der Schienen- und Straßenverbindungen in Richtung der Europäischen Union – denn Russland und Belarus fallen als Wirtschaftspartner für die Zukunft erst einmal aus. Und inwieweit die ukrainischen Seehäfen im Süden des Landes in Zukunft für den Handel genutzt werden können, bleibt schwer zu prognostizieren.

Daher fordern die Autor:innen engere Verbindungen nach Westeuropa über den Landweg. Dort, wo Schienen neu verlegt werden müssen, sei auch die Veränderung der Spurbreite auf den westeuropäischen Standard zu erwägen. Dies würde eine Umspannung von Zügen oder eine Umladung von Containern an der polnisch-ukrainischen Grenze überflüssig machen. Europäische Schnellzüge könnten die Ukraine befahren.

Milliardenschäden und Wirtschaftseinbruch

Für den Wiederaufbau veranschlagen die Experten Kosten in Höhe von mehreren hundert Milliarden Euro. Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, würden die Kosten höher. Nach Hochrechnungen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche ist die Wirtschaft der Ukraine seit Kriegsbeginn um 36 bis 45 Prozent geschrumpft. Die Staatseinnahmen sind um über 80 Prozent eingebrochen.

"Ich bin mit den vorgeschlagenen Punkten zum Wiederaufbau einverstanden", sagt Theocharis Grigoriadis, Professor für Volkswirtschaftslehre am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, der nicht an der Studie beteiligt war. "Eine entscheidende Frage ist, inwieweit die ukrainischen Oligarchen Entschlossenheit zeigen, sich am Wiederaufbau zu beteiligen."

Was in der Studie fehle, sei die Frage der Regulierung des Arbeitsmarktes, so Grigoriadis: "Die Ukraine erlebt derzeit einen massiven Brain-Drain, einen Verlust an Humankapital. Es stellt sich die Frage, woher die Spezialisten kommen sollen, die für das zukünftige Wachstum verantwortlich sein werden."

Wirtschaftliche Unterstützung für die Ukraine ergebe zudem keinen Sinn, wenn man sie nicht auch langfristig durch große militärische Hilfe flankiere, so der Volkswirt.

Das ukrainische Wirtschaftsministerium hatte ebenfalls im April 2022 einen Wiederaufbauplan vorgestellt.

[Kiew träumt von einem neuen Marshallplan | Bericht Wirtschaftsumfeld | Ukraine | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](#)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat heute (Montag) eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Umtausch Griwna / Euro

Für viele Geflüchtete aus der Ukraine ist der Umtausch von mitgebrachtem Bargeld in Euro schwierig oder nicht möglich. Das Thema ist aktuell Gegenstand in den Haushaltsberatungen im Bundestag. Gleichzeitig wird an einer europäischen Lösung gearbeitet, da die Problematik alle Länder betrifft, in Ukrainer Geld wechseln möchten. Als eine der ersten Banken bietet die **Volksbank Niederrhein die Möglichkeit an, Griwna-Bargeld kostenfrei in Euro umzutauschen**. Die Regelung gilt ab dem 18. Mai 2022, teilt der Chef der Volksbank Niederrhein, Guido

Lohmann mit. Der Wechselkurs wird jeweils am Freitag für die nachfolgende Woche von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben. Mehr Details zur Meldung finden Sie hier: [Ukrainer können bei der Volksbank Griwna in Euro tauschen - gratis \(rp-online.de\)](#)

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „[Spaces for Ukrainian Refugees](#)“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](http://hilfe-ua.de)

EU-Leitlinien für Flüchtlinge

Die EU-Kommission hat **Leitlinien für den Umgang** mit ukrainischen Flüchtlingen in den EU-Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Diese sollen eine einheitliche Betreuung ermöglichen:

[Kommission veröffentlicht Leitlinien für Mitgliedstaaten zum vorübergehenden Schutz der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine \(europa.eu\)](http://europa.eu)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQg8KMTqH6>

Verkehr

- Kostenlose Bahnfahrt für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheit: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>

- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YlxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. [030-720 220 640](tel:030-720220640), Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt inzwischen eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine
Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden. Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. Damit dürfen Hilfsorganisationen Betäubungsmittel ohne Ausfuhrgenehmigungen in die Ukraine und angrenzende EU-Mitgliedstaaten ausführen. Die Hilfsorganisationen müssen allerdings vorab der Bundesopiumstelle beim BfArM die Art, Menge und Herkunft der Betäubungsmittel mitteilen. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung.

Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet. Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy hat per Erlass eine Koordinationszentrale für humanitäre und soziale Angelegenheiten eingerichtet.

Die Zentrale auf drei Bereiche:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;

- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin:

iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen – der Bundeskanzler Deutschlands Olaf Scholz sprach von einer „Zeitenwende“ – ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

- 1. Country -**
- 2. Name -**
- 3. City/town -**
- 4. Phone number (für WhatsApp?) -**
- 5. Amount of people I can host -**
- 6. For how long I can host -**
- 7. What I can offer in addition -**

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[♥ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](https://www.aktion-deutschland-hilft.de)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Informations-Plattform für Hilfsmöglichkeiten (englisch)

[Real ways you can help Ukraine as a foreigner \(supportukrainenow.org\)](https://supportukrainenow.org)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

